

LMU

LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

GESCHWISTER-SCHOLL-INSTITUT
FÜR POLITIKWISSENSCHAFT



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2014

Jan Felix Carstens

**Kleinparteien im australischen
Wahlssystem. Analyse
strategischer
Anpassungsmerkmale**

Bachelorarbeit bei
Dr. Matthias Kortmann
SoSe 2014

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	II
1. Thematische Einführung und Fragestellung	1
1.1 Aufbau der Arbeit	3
2. Theoretische Grundlagen.....	5
2.1 Typologie von Parteien.....	5
2.2 Typologie von Parteiensystemen.....	6
2.3 Kontingenztheorie	8
2.4 Wahlsysteme.....	9
3. Das Politische System Australiens	12
3.1 Das australische Parteiengefüge und Parteiensystem.....	14
3.2 Das australische Wahlsystem	17
4. Analyse zur Anpassung von Kleinparteien an das australische Wahlsystem	19
4.1 Kleinparteien in Mehrheitswahlsystemen.....	20
4.2 Parlamentarische Parteienbündnisse	22
4.3 Strategisches Wählen & Wahlallianzen	25
4.4 Neue Politikfelder	29
4.5 Parteihochburgen und regionaler Rückhalt.....	31
4.6 Personalisierung des Wahlkampfs	32
4.7 Politische Mitarbeit im Parlament	33
4.7.1 House of Representatives	34
4.7.2 Senate.....	35
4.8 Initiativen zu Wahlsystemreformen.....	37
5. Bewertung und Ausblick.....	38
Anhang.....	III
Literaturverzeichnis	IV

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Erstpräferenzen von minor parties.....	15
Abbildung 2: Wahlergebnisse Repräsentantenhaus und Senat 2013.....	16
Abbildung 3: Beispiel zur Verrechnung der Präferenzen im Repräsentantenhaus.....	18

Abkürzungsverzeichnis

AEC	Australian Electoral Commission
AES	Australian Election Study
CDU	Christlich Demokratische Union
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CSU	Christlich-Soziale Union
PUP	Palmer United Party
Sec.	Section (Bezeichnung von Artikeln in der Verfassung Australiens)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UKIP	United Kingdom Independence Party
US	United States
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)

1. Thematische Einführung und Fragestellung

In vielen westlichen Staaten hat sich in der jüngeren Vergangenheit die nationale Parteienlandschaft verändert, beispielsweise durch das Aufkommen neuer thematischer Schwerpunkte oder sich verändernde Rahmenbedingungen, denen die alten, etablierten Parteistrukturen nicht länger angemessen scheinen. So wuchsen in Großbritannien die *Liberal Democrats* durch den Zusammenschluss kleinerer Parteien zu einer Regierungspartei heran, in Deutschland gehören neben den traditionellen Parteien CDU/CSU und SPD unlängst weitere Parteien wie Bündnis90/Die Grünen und Die Linke zum politischen Alltag und die kürzlich stattgefundene Europawahl Ende Mai 2014 ermöglichte einer Vielzahl kleinerer Parteien den Einzug ins Europäische Parlament. Die Möglichkeiten zum Erzielen von Wahlerfolgen hängen für derartige Parteien dabei in erheblichem Maße vom Wahlsystem ab, welches sich von Land zu Land auf unterschiedlichste Art und Weise unterscheiden kann. Die Ansätze und Methoden, mit denen sich kleine Parteien in ihren Ländern an diese Gegebenheiten anpassen, bieten dabei interessante Analysemöglichkeiten.

Ein besonderes Beispiel ist hierfür Australien mit seinem einmaligen Wahlsystem, welches durch das Prinzip der Präferenzwahl (*preferential voting*) gekennzeichnet ist. Der westlichen Welt ideologisch nah und geographisch doch sehr fern ist Australien aus dem Grunde interessant, da sein politisches System bei der Staatsgründung durch die Systeme zwei verschiedener Staaten beeinflusst wurde: Auf der einen Seite war das britische System Vorbild für das regierungsbildende Unterhaus des Parlaments, das *House of Representatives* (im Folgenden: Repräsentantenhaus). Die Anwendung von absoluter Mehrheitswahl soll wie in Großbritannien zu stabilen und eindeutigen politischen Mehrheiten führen. Auf der anderen Seite wurde sich bei der Schaffung der australischen Verfassung am System der USA orientiert, um das Prinzip des Föderalismus zu integrieren. So dient das durch Verhältniswahl gewählte Oberhaus des Parlaments, der *Senate* (im Folgenden: Senat), der Interessenvertretung der einzelnen Bundesstaaten Australiens. Diese unterschiedlichen Stimmenverrechnungsverfahren in beiden parlamentarischen Kammern stellen die politischen Parteien bereits vor verschiedene Anforderungen. Die speziellen eigenen Elemente Australiens, allen voran das *preferential voting*, machen die Beobachtung des Parteienverhaltens noch spannender – besonders mit Blick auf kleine Parteien (*minor parties*), denen durch dieses Wahlsystem bewusst der Zugang zum Parlament erschwert werden soll (AEC 2011: o.S.). Doch schaut man auf die jüngere Vergangenheit zurück, lassen sich besondere Tendenzen und eine zunehmende Präsenz kleiner Parteien feststellen, wie sie so im australischen Wahlsystem nicht unbedingt zu erwarten wären. So ist seit Ende des Zweiten Weltkrieges ein steter Anstieg der Stimmenanteile für Kleinparteien bei nationalen Wahlen zu erkennen, der bei

den vergangenen Wahlen im September 2013 in beiden Kammern Höchststände von 32,3% (Senat) bzw. 21,1% (Repräsentantenhaus) erreichte (Green 2013: o.S.) – auch wenn die Stimmenanteile letztlich nicht unbedingt den Mandatsanteilen entspricht. Regelmäßig durchgeführte Langzeitumfragen des Meinungsforschungsinstituts Roy Morgan Research zeigen einen weiteren Anstieg der Stimmenanteile für Kleinparteien seit der letzten Bundeswahl im Repräsentantenhaus mit Ergebnissen von bis 26,5% der Stimmen (Roy Morgan Research 2014: o.S.). Diese Trends spiegeln sich auch immer wieder im politischen Alltag wider, wenn kleine Parteien vor allem im Senat eine nicht unbeachtliche Anzahl an Mandaten erzielen können und dadurch verhindern, dass die Regierungspartei neben der Mehrheit im Repräsentantenhaus auch die des Senats halten kann. Mit Blick auf die Wahlergebnisse der letzten zehn Bundeswahlen ist beispielsweise festzustellen, dass nur in einem dieser zehn Fälle die Mehrheiten in Senat und Repräsentantenhaus von derselben Partei gehalten wurde – häufig waren kleine Parteien im Besitz der entscheidenden Stimmen (Costar 2010: 203-4; Summers 2010: 85.). Im Jahr 2010 kam es sogar im Repräsentantenhaus erstmalig zu der Situation, dass keine der beiden großen australischen Parteien (*major parties*) eine Mehrheit erzielen konnte und sich die Abgeordneten der kleinen Parteien nicht geschlossen einer Seite angeschlossen haben, sodass es zur Bildung einer Minderheitsregierung kam, die stets auf Stimmen der Opposition oder der Kleinparteien angewiesen war (AEC 2010a: o.S.). Während Kleinparteien in diesen Entwicklungen Chancen für politische Bedeutsamkeit und Mitarbeit sehen, sind besonders von Politikern der großen Parteien kritische Kommentare hierüber zu hören. Kleinparteien werden demnach als Blockade beim Gesetzgebungsverfahren und als Bedrohung geordneter parlamentarischer Verhältnisse gesehen. Vor der vergangenen Bundeswahl im September 2013 warnte so auch der damalige Oppositionsführer und heutige Premierminister: „Let's not let independents and minor parties muck up the next Parliament“ (Sunrise – Seven Networks 2013: o.S.). Zwar hat seine Partei bei der Wahl eine eindeutige Mehrheit im Repräsentantenhaus erzielen können. Im Senat herrscht jedoch wieder dieselbe Konstellation, dass die kleinen Parteien und unabhängigen Kandidaten zum Erreichen notwendiger Mehrheiten benötigt werden. Des Weiteren werden in den beiden großen Parteien mögliche Reformen des Wahlsystems diskutiert, um einen wachsenden Einfluss von kleineren Parteien zu erschweren. Mit Blick auf das australische Wahlsystem einerseits, welches auf die großen Parteien ausgerichtet wurde und kleinere Parteien eigentlich benachteiligt, und den Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit andererseits, dass Kleinparteien zunehmenden Zuspruch und Einfluss erhalten, stellen sich diesbezüglich interessante Fragen: Wie schaffen es die Kleinparteien trotz des besonderen australischen Wahlrechts und des *preferential votings*, regelmäßig in beide Kammern des Bundesparlaments einzuziehen? Wie ist das politische Wirken der Kleinparteien im Parlament nach Man-

datsgewinn? Und wie reagieren die Kleinparteien auf Forderungen, das bestehende Wahlsystem weiter zu verschärfen?

In der allgemeinen Wahlsystemforschung wurde sich bereits häufig mit den Elementen, Eigenschaften, Vor- und Nachteilen verschiedener Wahlsystem und deren Einwirkungen auf weitere Akteure und Institutionen von politischen Systemen auseinander gesetzt. Dabei war der Fokus häufig auf eine *top-down*-Perspektive gerichtet – es wurden also die konkreten Einflüsse von Wahlsystem untersucht. Für diese Arbeit wird jedoch die umgekehrte Sichtweise angewandt: Mithilfe eines *bottom-up*-Ansatzes soll untersucht werden, wie sich die beeinflussten Akteure, in diesem Fall australische Kleinparteien, mit den gegebenen Umständen arrangieren. Es wird sich dabei einem noch sehr unerforschten Gebiet der Politikwissenschaften zugewandt, da es bisher nur sehr wenige Untersuchungen zu Kleinparteien gibt. Und auch wenn in anderen großen demokratischen Staaten wie den USA, Kanada und Großbritannien Mehrheitswahlsysteme vorzufinden sind, gibt es noch einen starken Mangel an Länderstudien zu dieser Thematik (Pütz 2004: 27-8; Weeks 2010a: 473). Mit der leitenden Forschungsfrage dieser Arbeit soll somit weitere Aufklärung auf diesem Feld erfolgen und sie orientiert sich daher an den Interdependenzen zwischen dem australischen Wahlsystem und Kleinparteien aus der Perspektive letzterer: Wie passen sich die *minor parties* in Australien an das dort herrschende Wahlsystem in Repräsentantenhaus und Senat und deren Auswirkungen an? Hierbei wird es sich um eine analytische Beschreibung der Thematik handeln, unter anderem indem Wahlergebnisse, Positionspapiere, Stellungnahmen sowie bestehende Studien zu einzelnen Aspekten der Thematik analysiert und ausgewertet werden. Schlussendlich soll die qualitative Analyse verschiedener Aspekte zur politischen Organisation australischer Parteien einen besseren auf das politische System Australiens mit seinem speziellen Wahlrecht ermöglichen.

1.1 Aufbau der Arbeit

Vor der analytischen Bearbeitung der oben genannten Fragestellung wird sich im folgenden Kapitel dieser Arbeit mit den notwendigen theoretischen Grundlagen auseinander gesetzt. Hierbei geht es zunächst um die Definition von Parteien und Parteiensysteme sowie derer Typologien in modernen politischen Systemen. Da in dieser Arbeit Kleinparteien die zentrale Rolle spielen, geht es zudem darum, eine auf die Thematik und den australischen Kontext passende Definition derartiger Parteien festzulegen. Anschließend wird der theoretische Ansatz der Kontingenztheorie erläutert, der sich mit moderner Parteienorganisation beschäftigen und das Verhalten australischer Kleinparteien begründen kann. Weiter geht es dann mit dem Bereich der Wahlsysteme. Nachdem zunächst die wesentlichen technischen Elemente von Wahlsystem im Allgemeinen erörtert werden, folgt eine Beschreibung verschiedener

Arten von Wahlsystemen. Zudem wird sich hier der Frage gestellt, wie sich einzelne Wahlsysteme auf weitere Akteure eines politischen Systems auswirken.

Das dritte Kapitel dient anschließend der Darstellung des politischen Systems Australiens, um die Zusammenhänge der dortigen Institutionen und Akteure besser nachvollziehen zu können. Nach einer kurzen historischen Einführung über die Ursprünge Australiens und seiner Verfassung samt der wichtigsten Institutionen liegt der Schwerpunkt auf zwei zentralen Aspekten: Erstens, das australische Parteiengefüge und Parteiensystem. Dieser Punkt beinhaltet die Entwicklung und die Besonderheiten der australischen Parteienlandschaft. Und zweitens, das australische Wahlsystem. Hier wird vor allem das Prinzip des *preferential voting* detaillierter beleuchtet und die unterschiedlichen Wahlsysteme von Repräsentantenhaus und Senat erläutert.

Der Hauptfokus dieser Arbeit liegt im folgenden vierten Kapitel mit der Analyse zur Anpassung von Kleinparteien an das australische Wahlsystem. Als Einstieg werden zunächst jedoch kurz die Situationen von Kleinparteien in anderen Staaten mit Mehrheitswahlsystemen betrachtet, um eventuelle Vergleichsperspektiven und Anhaltspunkte für die folgende Analyse zu erhalten. Der Schwerpunkt dieser Analyse bezieht sich auf das Auseinandersetzen der Kleinparteien mit Wahlen auf Bundesebene, wobei Wahlkampfaktivitäten aufgrund ihres Umfangs außen vor gelassen werden. Vielmehr geht es hauptsächlich um organisatorische und strategische Überlegungen von Parteien, die sich beispielsweise mit Fragen zu Parteienbündnissen, strategischem Wählen im Rahmen des *preferential votings*, Belegung neuer Politikfelder, geographische Hochburgen und der Bedeutung parteilicher Persönlichkeiten beschäftigen. Daran anschließend wird die parlamentarische Mitarbeit von Kleinparteien im politischen Alltag untersucht, um sich mit dem Vorwurf der *major parties* auseinander zu setzen, dass Kleinparteien den politischen Prozess verhindern würden. Hier geht es also vor allem um die Frage, ob Kleinparteien tendenziell eher opportunistisch-blockierend oder kritisch-konstruktiv wirken. Zum Ende dieses Kapitels wird dann noch ein Blick auf aktuelle Reformvorschläge für das australische Wahlsystem geworfen, wodurch Kleinparteien der Gewinn von Mandaten erschwert werden soll.

Den Abschluss dieser Arbeit bietet dann eine kurze Zusammenfassung und einer Bewertung der gewonnenen Erkenntnisse. Neben der kritischen Beantwortung der oben angeführten Forschungsfrage soll zudem versucht werden, einen schlüssigen Ausblick auf die weitere Entwicklung der Thematik zu geben – besonders unter Berücksichtigung aktueller Diskussionen zu möglichen Wahlsystemreformen.

2. Theoretische Grundlagen

2.1 Typologie von Parteien

Parteien sind ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Staaten, da sie das Bindeglied zwischen Gesellschaft und Parlament sind. Die Entstehung von Parteien geht mit der Entwicklung von Demokratien einher (Duverger 1967: xxiii). Zur Definition von Parteien gibt es dabei unterschiedliche Ansätze. Sartori wählte bspw. eine sehr minimalistische Definition, um die Ausgrenzung einzelner Parteien zu vermeiden: „*A party is any political group that presents at elections, and is capable of placing through elections, candidates for public office*“ (Sartori 2005: 57, Hervorhebungen i.O.). Dem gegenüber stehen Definitionen von anderen Wissenschaftlern wie z.B. von Alemann, der Parteien als

„auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten, diese in politischen Einfluss transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen Systems zu befördern“ (von Alemann 2010: 11)

bezeichnet. In dieser Variante werden die verschiedenen Funktionen von Parteien deutlich. Hierzu gehören die Repräsentation politischer Präferenzen, die Integration der Bürger in die politische Gesellschaft, die Kommunikation mit den Wählern, die Kontrolle der Regierung durch Parlamentsarbeit sowie die Rekrutierung politischen Führungspersonals (von Beyme 1984: 25). Auch wenn alle Parteien als Träger dieser Funktionen eine gewisse Gleichheit haben, lassen sich verschiedene Arten von Parteien unterscheiden. Den Anfang machten Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts sogenannte Honoratioren-/Elitenparteien, welche die bürgerlichen Klassen repräsentierten und daher nur auf einer geringen Mitgliederbasis fußten. Später folgten die Massenparteien, die aus Klassenkonflikten hervorgingen und breite gesellschaftliche Gruppen wie z.B. die Arbeiterklassen vertraten, sowie hieraus entstehend die Massenintegrationsparteien, die derartige Klassen in das bestehende politische System integrieren wollen. Hierzu können sozialdemokratische Parteien gezählt werden. In Folge des Zweiten Weltkrieges entstanden anschließend die Volksparteien, die noch einen Schritt weiter gehen und die gesellschaftlichen Massen klassenübergreifend vereinen und vertreten. Die jüngere Weiterführung hiervon sind die professionellen Wählerparteien, die auf dem Prinzip der Volksparteien basieren, jedoch eine professionelle Parteiführung und -arbeit haben, um sich schnell an neue gesellschaftliche Stimmungen und Milieus anpassen zu können (von Beyme 2000: 41-2). All diese Parteitypen beziehen sich dabei in der Regel auf große, an Regierungen beteiligte Parteien demokratischer Staaten. Für die jüngere Entwicklung in vielen westlichen Staaten und für die weiteren Betrachtungen in dieser Arbeit sind

jedoch auch kleinere Parteien von Bedeutung. Allgemein werden unter Kleinparteien solche Parteien bezeichnet, die in Wahlstatistiken als „sonstige Parteien“ oder Splitterparteien geführt werden und daher geringen oder keinen politischen Einfluss haben. Es handelt sich dabei häufig um bekannte Persönlichkeiten, die als Splitterkandidaten politische Ziele anstreben, sich abspaltende Flügel bestehender Großparteien, doktrinäre Parteien mit traditionellen Werten oder Parteien mit neuen, noch nicht näher beachteten Themenschwerpunkten (Bibby und Maisel 1998: 13). Sie haben nur eine geringe Mitgliederanzahl, beschränkte finanzielle Mittel und in der Regel kein ausreichendes politisches Personal, um öffentliche Ämter zu besetzen. Zudem wird Kleinparteien oftmals Fokussierung auf lediglich eng gefasste Themengebiete, regionale Beschränkungen oder reine Protestmotivation unterstellt (Simoleit 2009: o.S.). Duverger vertritt zudem die Position, dass Kleinparteien nur in seltenen Fällen politisches Gewicht hätten und nicht koalitionsfähig seien – da es sich sonst um *major parties* handele. Allerdings führt er den wichtigen Punkt hinzu, dass Kleinparteien teils besondere Interessen der Gesellschaft repräsentieren, die es durchaus zu beachten gelte. Vor allem bei knappen Wahlergebnissen könne kleinen Parteien eine gewichtige Rolle zukommen (Duverger 1967: 286-95). Bezogen auf Australien und den weiteren Kontext dieser Arbeit wird der Begriff der Kleinparteien – bzw. *minor parties* – etwas breiter ausgelegt. Dies resultiert besonders aus dem besonderen politischen System Australiens mit zwei verschiedenen Wahlsystemen, wie es in Kapitel 3 detaillierter erläutert wird. Aus diesem Grund wird sich der Begriff der Kleinparteien in dieser Arbeit auf alle Parteien abzüglich der zwei *major parties* beziehen, die entweder im Repräsentantenhaus oder im Senat mindestens ein Mandat erzielen konnten.

2.2 Typologie von Parteiensystemen

Die Anzahl an Parteien in einem politischen System variiert von Land zu Land und basiert vor allem auf dem Pluralismus einer Gesellschaft. Je nach Ausprägung dieses Pluralismus entsteht ein gewisse Anzahl an Parteien (Sartori 2005: 16). Die Beschaffenheit einer solchen Parteienlandschaft wird auch als Parteiensystem beschrieben. Dabei geht es nicht nur um die bloße Anzahl an Parteien. Der Fokus liegt bei der Analyse von Parteiensystemen vielmehr auf den Interaktionen zwischen den Parteien (ebd.: 44). Allgemein lassen sich diese Systeme anhand von fünf Dimensionen charakterisieren. Zunächst spielt die Anzahl relevanter Parteien, die Fragmentierung des Systems, eine wichtige Rolle. Hier stellt sich jedoch die Frage, welche Parteien als relevant zu bezeichnen sind und welche nicht? Sartori stellt dafür zwei Kriterien auf: Erstens, eine Partei muss ein gewisses Potential mitbringen, dass sie Koalitionen zur Regierungsbildung eingehen kann. Und zweitens, sie muss im Parteienwettbewerb teilnehmen und so auf die Taktik anderer Parteien Einfluss nehmen. Damit diese Kriterien nicht zu ausschließend sind, müssen relevante Parteien laut Sartori nur einen die-

ser Punkte erfüllen (ebd.: 106-8). Nichtsdestotrotz werden besonders systemkritische, reine Oppositionsparteien durch diese Kriterien von der Zählung ausgeschlossen. Die zweite Dimension ist die Polarisierung des Parteiensystems. Hier geht es um die ideologische Distanz zwischen den Parteien, was sich anhand von Konfliktlinien (*cleavages*) ausdrücken lässt. Klassische Konfliktlinien im Vergleich von Parteien bestehen zwischen Stadt und Land, Staat und Kirche, Industrie und Mittelstand sowie Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die soziale Modernisierung von Staaten, z.B. durch Wirtschaftswachstum und bessere Bildung, führen aber auch zu homogenisierten Lebensverhältnissen innerhalb von Gesellschaften und schaffen dadurch neue Konfliktlinien über postmaterialistische Interessen wie Umweltschutz oder Rückbesinnungen auf traditionelle, religiöse Lebensweisen (Lachat 2007: 26, 33-5). Zwischen Parteien besteht dabei meist mehr als eine Konfliktlinie, sodass sich unterschiedliche Parteien in einzelnen Bereichen stark unterscheiden, in anderen wiederum ähneln (Duverger 1967: 231-4). Diese ersten beiden Dimensionen sind die wohl einflussreichsten bei der Bestimmung eines Parteiensystems. Die übrigen drei Dimensionen sind Asymmetrie (numerische Stimmendistanz zwischen den zwei größten Parteien), Volatilität (Stimmenschwankungen bei Wahlen zwischen den zwei größten Parteien) und Segmentierung (Koalitionsfähigkeit von Parteien). Gerade bei der Segmentierung können kleine Parteien besonders einflussreiche Verhandlungspositionen erreichen, wenn Mehrheitsbildungen von ihren Entscheidungen abhängen (Sartori 2005: 107-12). Für die Einteilung von Parteien in Parteiensysteme gibt es keine einheitliche Charakterisierung. Häufig wird sich aber an Sartoris Typologie orientiert, der sieben Parteiensysteme unterscheidet: Einparteiensystem (Existenz von lediglich einer Partei), hegemoniales Parteiensystem (eine Partei dominiert, weitere existieren nur nebenbei), prädominantes Parteiensystem (eine Partei mit absoluter Mehrheit, andere Parteien gefährden diese nicht), Zweiparteiensystem, gemäßigter (3-5 Parteien) und extremer (6-8 Parteien) Pluralismus sowie Atomisierung (mehr als 9 Parteien) (ebd.: 110-3). Das Zweiparteiensystem, bei dem zwei Parteien um die absolute Mehrheit kämpfen und sich gegenseitig bei der Regierungsbildung abwechseln können, wird dabei häufig als optimales Parteiensystem mit klaren, stabilen Regierungen bezeichnet. Allerdings existieren Zweiparteiensysteme aufgrund gesellschaftlichen Pluralismus nur in sehr geringer Anzahl, z.B. in den USA, Kanada und Neuseeland. Die oft als Zweiparteiensysteme bezeichneten Länder Großbritannien und Australien tendieren indes eher zu Dreiparteiensystemen bzw. gemäßigtem Pluralismus (ebd.: 164-9). Solche Tendenzen können sowohl durch gesellschaftlichen Wandel und neuen Interessenschwerpunkte als auch durch interne Spannungen in den großen Parteien, wodurch die Gründung neuer Parteien entstehen kann (Duverger 1967: 230; Lachat 2007: 25). Mehrparteiensysteme mit drei bis fünf (gemäßigter Pluralismus) oder sechs bis acht (extremer Pluralismus) relevanten Parteien kommen heutzutage in den meisten demokratischen Ländern vor und unterscheiden sich vom Zweiparteiensystem im Be-

sonderen durch die Notwendigkeit von Koalitionen zur Regierungsbildung. Trotz der Anzahl von mehr als zwei Parteien, ist dennoch ein ähnlicher Aufbau zum Zweiparteiensystem zu erkennen: es bestehen im Wesentlichen zwei allgemeine Parteienfamilien (Konservative und Sozialisten/Sozialdemokraten), ein zentripetaler Wettbewerb um die sogenannte „Mitte“ und eine geringe ideologische Distanz (Sartori 2005: 154-9).

2.3 Kontingenztheorie

Während in der klassischen Parteienforschung, beispielsweise bei Duverger, Parteien noch überwiegend als geschlossene, von innen gesteuerte Akteure gesehen wurden, ist in der modernen Parteienforschung ein Perspektivwechsel zu erkennen. Parteien werden nicht länger als ausschließlich aktive Spieler auf der politischen Bühne gesehen, sondern aufgrund vieler Interdependenzen mit anderen Elementen häufig als reaktive Akteure. Sie können sich daher nur noch bedingt selbst kontrollieren und „[haben] keine andere Wahl, als sich an die sie umgebenden Verhältnisse anzupassen“ (Wiesendahl 1998: 67). Diese neuere Forschungsrichtung wird insbesondere durch den organisationsanalytischen Denkansatz der Kontingenztheorie beschrieben. Das Ziel der Kontingenztheorie ist dabei die Bewusstmachung der Abhängigkeit der Parteien von externen Einflüssen. Es wird bei Wiesendahl daher auch vom „Primat der Umwelt“ gesprochen, wonach Parteien zu abhängigen Variablen werden (ebd.: 67-9). Es wird sich somit mit der Frage beschäftigt, wie sich externe Faktoren auf die Organisation von Parteien auswirken, oder, wie Sorauf und Beck es formulieren, „how their environments have led the parties to become what they are“ (Sorauf und Beck 1988: 508). Dabei wird Parteien zwar prinzipiell unterstellt, dass sie sich den Erwartungen der Gesellschaften anpassen würden und so zu pluralistischen Massenparteien würden (Wiesendahl 1998: 74-5). Es stellt sich jedoch auch die Frage, inwiefern Parteien selbst die Gesellschaft und ihre Umwelt beeinflussen. Während Harmel und Janda hier recht streng nur begrenzte Möglichkeit sehen und sagen, „it is the environment that shapes parties and not parties shape the environment“ (Harmel und Janda 1982: 11), sehen Sorauf und Beck dies differenzierter. Zwar bekräftigen auch sie den Einfluss von Umweltfaktoren auf die Ausrichtung von Parteien. Sie gehen aber weiter und behaupten, dass Parteien dennoch eine gewisse Kontrolle über die Umwelt bewahren und auch Einfluss auf die Ausprägung einer Gesellschaft nehmen (Sorauf und Beck 1988: 498). Allgemein stellen sie aber auch fest, dass in einer modernen, postindustriellen Welt eine Tendenz der stärker werdenden Fragmentierung von Parteiensystemen zu erkennen sei. Wie sich neue Parteien dann im System etablieren, hängt von deren Anpassungsfähigkeiten an die systemischen Gegebenheiten an. Parteien werden dabei in erster Linie von der Struktur der Wählerschaft und dem institutionellen Rahmen des politischen Systems geprägt, wobei das Wahlsystem zu den größten Einflussträgern auf die Parteibeschaffenheit gezählt wird (ebd.: 507-10). Die im vierten Kapitel fol-

gende Analyse der australischen Kleinparteien spiegelt somit die zentrale These der Kontingenztheorie wider, dass sich Parteien in vielen Dimensionen den institutionellen Gegebenheiten anpassen müssen.

2.4 Wahlsysteme

Wahlen sind ein zentraler Bestandteil moderner Staaten und werden als wichtige Grundlage liberaler Demokratien gesehen; für viele Bürger ist die Teilnahme an Wahlen die einzige Form politischer Partizipation. Die strukturellen Rahmenbedingungen ergeben sich dabei aus dem Wahlsystem eines Landes (Nohlen 2007: 23, 26). Eine bis heute aktuelle Definition von Wahlsystemen erfolgte bereits durch Douglas Rae, der sagte, Wahlsysteme

„are those which govern the process by which electoral preferences are articulated as votes and by which these votes are translated into distributions of governmental authority (typically parliamentary seats) among the competing political parties“ (Rae 1967: 14).

Wahlsysteme haben besonders in demokratisch entwickelten Ländern eine wichtige Bedeutung, da sie die stabile Basis für die demokratische Legitimierung des politischen Systems bilden (Nohlen 2007: 66). Einmal beschlossen, erfahren Wahlsysteme nur selten Reformen, um bestehende Verhältnisse nicht zu gefährden und um keine politischen Risiken einzugehen. Aufgrund des Einflusses auf die strukturelle Machtverteilung im politischen System werden Wahlrechtsfragen daher auch als Machtfragen bezeichnet (Falter und Schoen 2005: 573, 600-1). In der Wahlsystemforschung kommt häufig die Frage auf, inwiefern sich Wahlsysteme auf politische Systeme auswirken – und hier insbesondere auf das inner- und außerparlamentarische Parteiengefüge? Hierbei ist unbestritten, dass sich Wahlsysteme auf Parteien und Parteiensysteme auswirken, fraglich ist jedoch das Ausmaß. Aus diesem Grund werden hauptsächlich allgemein Thesen aufgestellt, wie z.B. dass sich Wahlsysteme auf die Anzahl politischer Parteien nur moderat auswirke (ebd.: 574, 584-5, 589-90), dass Wahlsysteme tendenziell große Parteien begünstigen und kleinere benachteiligen (Rae 1967: 79), dass sich die Effekte nach Land und Zeit unterscheiden und von den verschiedenen Parteien eines Landes verschieden bewertet würden (Nohlen 2007: 67-8). Zum besseren Verständnis von Wahlsystemen werden im Folgenden zunächst technischen Elemente erörtert, bevor auf verschiedene Wahlsystemtypen eingegangen wird. Für eine zuverlässige Bewertung von Wahlsystemen müssen dabei alle Elemente zusammen betrachtet werden, um das Gesamtbild nicht zu verfälschen (Falter und Schoen 2005: 584).

Den größten Einfluss auf das Wahlergebnis haben der Literatur nach die **Wahlkreise** und ihre Ausgestaltung (Nohlen 2007: 86). Allgemein wird dabei zwischen Ein- und Mehrpersonenwahlkreisen unterschieden. In Einpersonenwahlkreisen steht pro Wahlkreis ein Mandat

zur Verfügung und dieses erhält in der Regel der Kandidat mit den meisten Stimmen. Sie führen meist zu Zweiparteisystemen und schränken die Chancen kleiner Parteien ein (ebd.: 92-3; Rae 1967: 121, 143). Bei der zweiten Variante, den Mehrpersonenwahlkreisen, sind folglich mehrere Mandate zu vergeben, die ja nach Stimmenanteil unter den Parteien verteilt werden – Kleinparteien haben somit bessere Chancen, da die Prozhürden niedriger sind (Falter und Schoen 2005: 575). Für die maximale Anzahl an Mandaten in einem Wahlkreis gibt es keine Grenzen. So kann es unter Umständen nur einen nationalen Wahlkreis geben, wo alle Mandate über nur einem Wahlkreis verteilt werden, wie es bspw. in Israel der Fall ist. Je größer der Wahlkreis, desto größer ist jedoch auch die Gefahr des *malapportionment*, womit ein Ungleichgewicht zwischen ländlichen und städtischen Wählern innerhalb des Wahlkreises bezeichnet wird (Lijphart 1994: 15; Nohlen 2007: 87-8). Auch das **Stimmgebungsverfahren** einer Wahl kann auf unterschiedliche Arten erfolgen: Wähler können eine oder mehrere Stimmen haben, Präferenzen oder alternative Stimmen vergeben müssen, Stimmen auf mehrere Kandidaten verteilen oder auf einen kumulieren dürfen (Nohlen 2007: 107). Interessant ist hierbei auch, inwiefern die Wähler bei der Stimmenvergabe Einfluss auf die Verteilung an die Kandidaten haben, je nachdem ob nur ein Kandidat je Partei je Wahlkreis antritt oder verschiedene Arten von Parteilisten zur Wahl stehen (Element der **Wahlbewerbung**): Bei der starren Liste ist die Reihenfolge von der Partei bereits fest vorgegeben; bei der lose gebundenen Liste können die Wähler zwischen den Kandidaten innerhalb der Liste ihre Favoriten frei wählen; und bei der freien Liste können die Stimmen frei zwischen allen Parteien und Listen vergeben werden. Dabei wirkt sich keines dieser Verfahren vor- oder nachteilig auf die Wahlchancen kleiner Parteien aus (ebd.: 102-6).

Das vierte technische Element, das **Stimmenverrechnungsverfahren**, wird neben den Wahlkreisen als wichtigster Einflussfaktor auf Wahlsysteme genannt, da „[d]as Wahlergebnis [...] wesentlich vom Verfahren der Stimmenverrechnung ab[hängt]“ (ebd.: 111). Es wird dabei grundsätzlich zwischen zwei Verfahren unterschieden: Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht mit jeweils unterschiedlichen Repräsentationsprinzipien und Entscheidungsregeln (Falter und Schoen 2005: 580). Bei der Verhältniswahl wird das Ziel verfolgt, eine möglichst genaue Abbildung des Wählerwillens im Parlament zu schaffen. Stimmen- und Mandatsanteil einer Partei sollten somit nahezu gleich sein, um eine Vielzahl der gesellschaftlichen Interessen abzubilden. Zu starke Fragmentierungen im Parlament können dabei durch Sperrklauseln wie Prozhürden vermieden werden (ebd.: 579-83; Nohlen 2007: 131, 139-40). Beim Mehrheitswahlrecht werden hingegen eindeutige, mehrheitsfähige Verhältnisse angestrebt. Dieses Verfahren ist somit funktional angelegt und zielt auf eine Ein-Parteien-Regierung ab. Durch die Regelung, dass der Kandidat mit den meisten Stimmen das Mandat eines Wahlkreises erhält (*first-past-the-post*), kann der Gewinner in der Regel schnell ermittelt werden,

gegebenenfalls nach Durchführung einer Stichwahl. Bei diesem Verfahren wird jedoch auch kritisiert, dass viele Stimmen und Interessen im Parlament nicht repräsentiert werden (Falter und Schoen 2005: 580-1; Nohlen 2007: 140-2). Studien belegen zudem, dass Mehrheitswahlrecht Mehrparteiensysteme verhindern, große Parteien fördern und eine theoretische, effektive Prozenzhürde für Kleinparteien besitzt (Lijphardt 1994: 20-1). Bei Betrachtung dieser Verfahren kommt Nohlen zu dem Schluss, dass eine Klassifizierung von Wahlsystem am besten nach dem Repräsentationsprinzip erfolgen sollte, da das angestrebte Ziel einer Wahl wichtiger sei als der Weg dahin. Mehrheits- und Verhältniswahl lassen sich aufgrund dieser Klassifizierung auch nicht vermischen, sondern sind antithetisch (ebd.: 142-4).

Aufgrund dieser technischen Elemente ist es schwierig, eine vollständige und dennoch übersichtliche Aufstellung aller Wahlsystemtypen zu präsentieren. Denn da sich sowohl Mehrheit- wie auch Verhältniswahl noch wieder in verschiedene Systeme untergliedern lassen, weist jedes Land ein nahezu einzigartiges Wahlsystem auf (Rae 1967: 40). Im Folgenden werden daher einige wichtige Wahlsystemtypen nach der Typologie Nohlens kurz dargelegt. Vom Repräsentationsprinzip ausgehend lässt sich dabei zwischen Mehrheits-, Verhältnis- und sonstigen Wahlsystemen unterscheiden. Als klassisches System der **Mehrheitswahl** wird das relative Mehrheitswahlsystem in Einerwahlkreisen bezeichnet, wobei der Kandidat mit den meisten Stimmen in seinem Wahlkreis das Mandat erhält. Angewandt wird dieses System, welches zu Stimmen-Mandats-Disproportionen führt, bspw. in Großbritannien. Eine Abwandlung hiervon ist die absolute Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen, bei dem ein Mandat erst bei Erreichen von mehr als 50% der Stimmen gewonnen wird. Wird die absolute Mehrheit nicht im ersten Wahlgang erreicht, folgt in der Regel eine Stichwahl der stärksten Kandidaten. Als einziges Industrieland wendet Frankreich dieses Wahlsystem an, in Australien ist die Variante des *alternative vote* zu finden (Nohlen 2007: 183-4). Bei der **Verhältniswahl** unterscheiden sich die verschiedenen Wahlsysteme vor allem bezüglich der Wahlkreisgröße. Hierbei kann es unterschiedlich große Wahlkreise innerhalb eines Wahlsystems geben (Spanien, Portugal, große nationale Wahlkreise (Israel), einheitliche Wahlkreise ohne Einschränkungen wie Sperrklauseln (Niederlande) oder auch Einpersonwahlkreise mit Prozenzhürden (Deutschland). Die Umverteilung der Stimmen auf die Mandate muss dabei trotz Verhältniswahl nicht zwingend proportional sein (ebd.: 184-6). Zusätzlich zu diesen Systemen gibt es noch sogenannte **kombinierte Wahlsysteme**, in denen beide Repräsentationsprinzipien und/oder Entscheidungsregeln Anwendung finden. Hierzu zählen z.B. die personalisierte Verhältniswahl, wie es sie in Deutschland mit der Kombination aus Direktmandaten und Listenplätzen gibt, oder segmentierte Wahlsysteme, in denen ein Teil der Mandate nach Mehrheitswahlrecht, der andere nach Verhältniswahlrecht verteilt wird (ebd.: 190-1).

Mithilfe verschiedener Studien wurde in der Vergangenheit mehrfach versucht, Kennzahlen und Gesetzmäßigkeiten für verschiedene Wahlsysteme zu definieren. Solche Erkenntnisse können zwar hilfreich bei der Analyse von Wahlsystemen sein. Eine stichhaltige Beurteilung kann darauf basierend jedoch nicht erfolgen, da Merkmale des Wahlsystems eines Landes nicht ohne Weiteres auf andere Länder übertragbar sind. Die Kennzahlen liefern nur ungefähre Ansatzpunkte, bspw. dass Verhältniswahl tendenziell zu einer Zersplitterung eines Parteiensystems führt und Mehrheitswahl zu Zweiparteiensystemen (Falter und Schoen 2005: 585, 590; von Beyme 1984: 325-6). Auch führen Mehrheitswahlsysteme nicht zwangsweise zu einem Rückgang von Kleinparteien. Sie kämpfen in der Regel weiter für ihre Ziele, da sie in pluralistischen Gesellschaften weiterhin Unterstützer finden und unter Umständen mit anderen Kleinparteien gemeinsam Synergien erzeugen (Rae 1967: 83). Wahlsysteme haben somit einerseits Einfluss auf das Parteiensystem, andererseits ist es nicht der einzige Einflussfaktor (Falter und Schoen 2005: 593). Abschließend ist noch zu betonen, dass **keine** Rangfolge erstellt werden kann, welcher Wahlsystemtyp der „bessere“ sei. Jedes Wahlsystem hat seine Vor- und Nachteile und muss jeweils unter Berücksichtigung des Systemziels (Repräsentationsprinzip und Entscheidungsregel) sowie der kontextbezogenen Faktoren eines jeden Landes betrachtet werden (Nohlen 2007: 158).

3. Das Politische System Australiens

Am 26. Januar 1788 kamen elf britische Schiffe mit Siedlern und Sträflingen an Bord in New South Wales an und errichteten mit Sydney die erste australische Siedlung, nachdem James Cook Australien bereits 1770 für Großbritannien in Besitz genommen hatte. 113 Jahre später, am 1.1.1901, entstand dann das *Commonwealth of Australia* als formeller Staat – heute aus sechs Staaten und zwei Territorien bestehend – mit Inkrafttreten der australischen Verfassung. Diese wurde in den 1890er-Jahren von Politikern der sechs britischen Kolonien des australischen Kontinents ausgehandelt. Hierbei wurde sich sowohl am britischen als auch am US-amerikanischen Regierungssystem orientiert und Bestandteile beider Systeme übernommen, sodass in Australien ein hybrides Regierungssystem entstand (Parkin und Summers 2010: 51-2, 57). Dies spiegelt sich vor allem im Aufbau des Parlaments auf Bundesebene wider, welches aus zwei Kammern besteht, die teils sehr unterschiedlich sind. Auf der einen Seite steht als Unterhaus das *House of Representatives*, welches an Großbritannien angelehnt ist. Es hat 150 Sitze und soll in etwa die doppelte Größe der zweiten Kammer, des Senats, haben; eine Legislaturperiode beträgt drei Jahre (Commonwealth of Australia 2012: sec. 24, 28). Die Sitze werden proportional zur Bevölkerung der Staaten und Territorien verteilt, wobei jedem Staat und Territorium mindestens fünf Mandate zustehen (Summers 2010: 75). Das Repräsentantenhaus folgt dem britischen Prinzip des *responsible government*, wo-

nach die Exekutive aus der Legislative hervorgeht, die Minister zeitgleich ein Parlamentsmandat besitzen müssen und theoretisch eine strenge Gewaltenteilung herrscht – faktisch existiert jedoch eine Verzahnung von Regierung und Parlament. Zudem besteht eine politische Legitimationskette, indem die Regierung auf das Parlament angewiesen ist und sich diesem gegenüber verantworten muss. Das Parlament muss sich wiederum den Wählern verantworten (Parkin und Summers 2010: 52-4). Auf der anderen Seite gibt es den australischen Senat als Oberhaus, der sich am amerikanischen Föderalismus orientiert. Der Senat dient „as a guardian of States' rights“ (Summers 2010: 84) dem Schutz und der Vertretung der Interessen der verschiedenen Bundesstaaten. Er besteht aus 76 Senatoren, wobei alle Staaten zwölf Senatoren entsenden, die beiden Territorien stellen jeweils zwei (ebd.: 75). Die Amtszeit beträgt sechs Jahre, wobei alle drei Jahre die Hälfte des Senats neu gewählt wird (Commonwealth of Australia 2012: sec. 13). Diese Konstellation der Gleichberechtigung der Staaten wurde vor allem auf Drängen der bevölkerungsarmen Staaten geschaffen, da diese sonst eine Bevormundung durch die bevölkerungsreichen Staaten fürchteten. Gleichzeitig wurden beim Erstellen der Verfassung aber auch schon die potentiellen Gefahren diskutiert, dass der Senat eine Blockade der Regierungsarbeit darstellen könnte. Allerdings kann der Senat durch die Rolle des Kontrolleurs der Regierung auch als wichtiges Element des *responsible government* gesehen werden (Parkin und Summers 2010: 55; Summers 2010: 84, 90-1). Die Existenz dieser zwei Kammern dient besonders der parlamentarischen Kontrolle, der *balance of power*. Dies wird dadurch verstärkt, dass beide Kammern bei der Gesetzgebung komplett gleichberechtigt sind – ausgenommen sind lediglich Haushaltsfragen, bei denen das Repräsentantenhaus das alleinige Initiativrecht hat (Commonwealth of Australia 2012: sec. 53). Sollte es aufgrund dieser Gleichberechtigung bei Gesetzgebungsverfahren nach Ablauf bestimmter Fristen zum wiederholten Scheitern von Gesetzesvorlagen kommen, besteht die Möglichkeit einer *double-dissolution*. Hierbei kann *Governor-General*, Vertreter der britischen Königin und somit stellvertretendes Staatsoberhaupt, beide Kammern auflösen. Infolgedessen kommt es zur gleichzeitigen Neuwahl beider Kammern, um eventuell neue Mehrheiten zu schaffen. Sollten auch die neuen parlamentarischen Mehrheiten zu keinen Ergebnissen führen, kann ein *joint sitting* beider Kammern angeordnet werden, wobei Repräsentantenhaus und Senat gemeinsam über den betroffenen Gesetzesvorschlag abstimmen (Commonwealth of Australia 2012: sec. 57). Seit Staatsgründung kam es zu sechs *double-dissolutions* und einem *joint sitting*, wobei erstes in der Hälfte der Fälle die Blockade lösen konnte, das *joint sitting* hingegen nicht (Summers 2010: 84). Zur weiteren Lösung von Konflikten, bspw. zwischen Bund und Staaten, und zum Schutze der Verfassung steht der *High Court* als Verfassungsgericht zur Verfügung (Parkin und Summers 2010: 58).

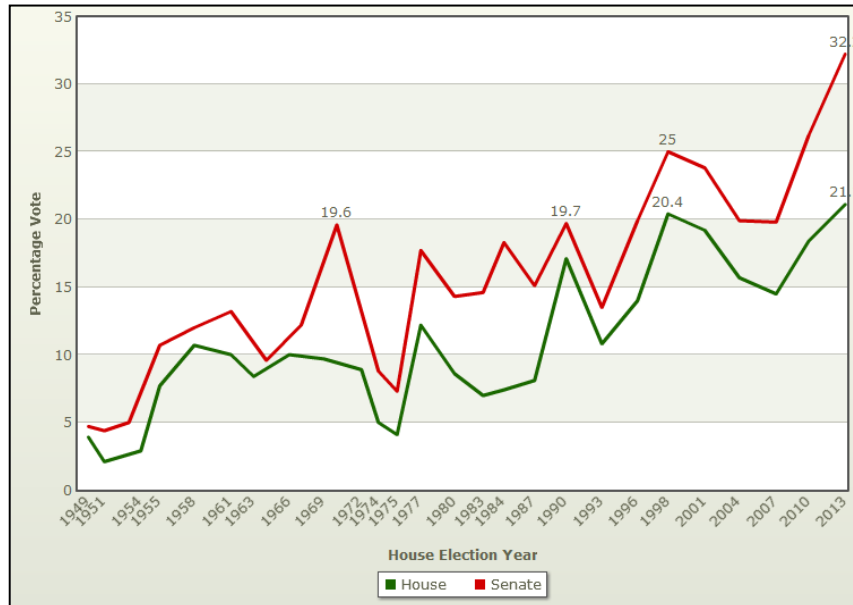
3.1 Das australische Parteiengefüge und Parteiensystem

Seit der Gründung Australiens ist im Parteiensystem eine Untergliederung in zwei Lager zu erkennen: *Labor* versus Anti-Labor, bzw. *Liberals*. Da die Regierung stets von einer dieser beiden Parteien gebildet wird, spricht man beim australischen Parteiensystem von einem typischen Zweiparteiensystem – auch wenn es vereinzelt zur Präsenz von Kleinparteien kommt (Woodward 2010a: 188-9). Die *Australian Labor Party* hat ihre Ursprünge in den Gewerkschaftsbewegungen Mitte des 19. Jahrhunderts und ist damit die älteste australische Partei. Sie ist dem linken Flügel des Parteienspektrums zuzuordnen und sieht sich als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen und Sozialdemokratie. Aufgrund ihrer Verwurzelung in den Gewerkschaften hat *Labor* eine breite Mitgliederschaft und kann als typische Massenpartei bezeichnet werden. In der jüngeren Vergangenheit gab es jedoch vermehrt innerparteiliche Spannungen über die zukünftige Ausrichtung der Partei: Auf der einen Seite stehen Vertreter von traditionellen Arbeitnehmerinteressen, auf der anderen Seite Parteimitglieder, die eine pragmatischere Wirtschaftspolitik mit zunehmender Unterstützung von Privatisierungen befürworten (Economou 2010: 211-5; Woodward 2010a: 191). Die *Liberals* gehen auf eine Gegenbewegung zu *Labor* zurück und sind daher dem konservativen Spektrum zuzuordnen. Sie stehen für eine liberale Wirtschaftspolitik und einen begrenzten Sozialstaat. Anfangs als Elitenpartei der Oberschicht bezeichnet, haben sich die *Liberals* mittlerweile ebenfalls zu einer Massenpartei bzw. *catch-all-party* entwickelt. Zusammen werden *Labor* und *Liberals* in Australien auch als die *major parties* bezeichnet (Woodward 2010a: 191). Auch wenn in Australien von einem Zweiparteiensystem gesprochen wird, ist es theoretisch ein Dreiparteiensystem. Dies liegt daran, dass die *Nationals* als eine dritte Partei konstant in Parlament und Regierung vertreten ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg als Bauernpartei gegründet, sind die *Nationals* die letzte verbliebende ländliche Partei Australiens – jedoch mit sinkenden Anhängerzahlen (Woodward 2010b: 249-50). Da sie stets ein Bündnis mit den *Liberals* eingehen, beide Parteien bei Wahlen geschlossen antreten und auch in der Opposition als gemeinsamer Block auftreten, werden beide Parteien zusammen offiziell auch als *Coalition* bezeichnet, sodass es sich faktisch doch um ein Zweiparteiensystem handelt (Nohlen 1978: 170-1). Nichtsdestotrotz sind weitere Anzeichen zur Entwicklung vom Zweiparteiensystem hin zu einem Drei- bzw. Mehrparteiensystem zu erkennen. Stagnierende Erstpräferenzanteile für die *major parties* sowie eine zunehmende Präsenz von Kleinparteien im Parlament deuten auf einen solchen Trend hin (Woodward 2010a: 193). Auch wenn noch kein empirischer Beweis für ein pluralistisches Parteiensystem vorliegt, so urteilt Cox: „Australia has more than two significant parties“ (Cox 1997: 96).

Diese weiteren Parteien repräsentieren vor allem neu aufkommende Interessensströmungen und entstehen häufig durch den Zusammenschluss verschiedener Parteien oder die Abspal-

tung von einer bestehenden (Miragliotta 2010: 257-8). Wie aus der folgende Grafik deutlich zu erkennen ist, hat der Erstpräferenzanteil für diese Kleinparteien in der Vergangenheit kontinuierlich zugenommen.

Abbildung 1: Entwicklung der Erstpräferenzen von minor parties

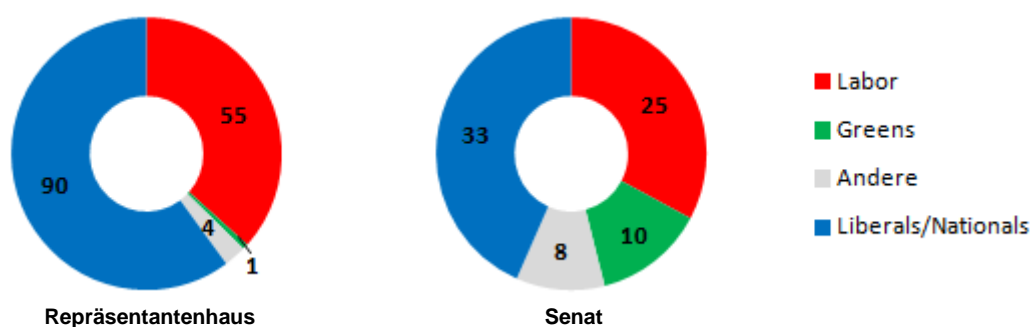


Quelle: Green 2013

Die derzeit wohl wichtigste dieser Parteien sind die 1991 aus grünen Bewegungen entstandenen *Greens*, die mittlerweile als etablierte Partei im australischen System bezeichnet werden kann. Mittlerweile sind die Grünen jedoch keine Einthemenpartei mehr, sondern fokussieren sich auch auf andere Sozial- und Gerechtigkeitsthemen. Auch wenn die beiden *major parties* die *Greens* als dritte Kraft tendenziell ablehnen, versucht besonders *Labor* sich ihnen bei wichtigen Entscheidungen anzunähern (ebd.: 264-5). Diese teilweise existierende politische Nähe lässt sich auch bei politischen Initiativen im Parlament beobachten (s. Kapitel 4.7), wo bspw. Zustimmung für politische Gegenleistungen getauscht wird. Auf der anderen Seite konkurrieren die *Greens* in den Wahlkreisen am Stärksten mit *Labor* um die Mandatsitze. Die wirtschaftsliberale Ausrichtung von *Labor* und Annäherung an die *Liberals* hat den *Greens* nach der Jahrtausendwende dabei eine vorteilhafte Position verschafft, da sie sich als Alternative zu *Labor* anbieten können (Brenton 2013: 293, 302; Wilson 2002: 19). Die Wähler der *Greens* zeichnen sich durch einen sehr hohen Bildungsstand – häufig mit Hochschulabschluss – aus, wohnen meist in den Großstädten und bezeichnen sich selbst als obere Mittelschicht (AES 2013a: o.S.). Neben den *Greens* sind derzeit weitere Kleinparteien im Parlament auf Bundesebene zu finden, die allerdings noch relativ jung sind, sodass noch keine Aussagen über deren nachhaltige Präsenz getroffen werden können. Zu erwähnen sind besonders die *Palmer United Party* (2013 vom bundesweit bekannten Wirtschaftsmagnaten Clive Palmer gegründet; erzielte ein Mandat im Repräsentantenhaus, zwei im Senat),

die *Family First Party* (seit 2004 aktiv und sich auf traditionell-religiöse Werte berufend) sowie die *Australian Motoring Enthusiast Party*, die mit nur 0,51% der Erstpräferenzen ein Senatsmandat holte (AEC 2013a: o.S.; Miragliotta 2010: 266). Zudem schafften es vereinzelt unabhängige Kandidaten, *Independents*, Mandate zu gewinnen. Sie sind meist ehemalige Mitglieder einer der *major parties* oder bekannte Persönlichkeiten, die sich politisch engagieren aber keiner Partei beitreten wollen. *Independents* haben vor allem bei der Wahl zum Repräsentantenhaus gute Erfolgschancen, da die Wahlkreise klein, lokale Probleme einfach identifizierbar und ihre Bekanntheit bei der Stimmenjagd hilfreich sind (Miragliotta 2010: 268-9). Neben diesen aktuellen Trends gab es auch in der Vergangenheit Kleinparteien auf dem parlamentarischen Parkett, die meistens jedoch eine sehr kurze Verweildauer hatten. Von den seit 1910 mehr als 500 existierenden und wieder verschwundenen Kleinparteien konnten lediglich die *Nationals* und die *Australian Democrats* politischen Einfluss gewinnen (ebd.: 258, 261-2). Während die *Nationals*, die aus der 1918 gegründeten *Country Party* hervorging, durch ihre Zusammenarbeit mit den *Liberals* nur bedingt als komplett eigenständige Partei bezeichnet werden kann und weiterhin besteht, existierten die *Australian Democrats* nur vorübergehend von 1977 bis 2008. Mit der Positionierung zwischen *Labor* und *Liberals* bildeten sie für die Wähler eine interessante Alternative; dies auch deshalb, da sie sich in ihrer Parteiverfassung das Eingehen einer Koalition untersagten und so einen unabhängigen Charakter behielten. Durch dieses neutrale Verhalten war die Partei auch auf keine bestimmte gesellschaftliche Klasse fokussiert und die Wähler stammten aus den verschiedensten Schichten, wobei sie sich jedoch wie bei den *Greens* durch einen hohen Bildungsgrad auszeichneten. Mit zwischenzeitlich neun Senatsmandaten auf Bundesebene entwickelten sich die *Democrats* zur *balance of power* im Senat, bevor sie sich nach der Jahrtausendwende langsam ihrem Ende näherten. Dies war vor allem durch die Annäherung von *Labor* an die Positionen der *Liberals* zurückzuführen, sodass keine Notwendigkeit mehr für eine Alternative zwischen den beiden Parteien bestand und sich zudem die *Greens* etabliert hatten (Brenton 2013: 286-8, 291; Marks und Bean 1992: 311-4; Wilson 2002: 18).

Abbildung 2: Wahlergebnisse Repräsentantenhaus und Senat 2013



Quelle: AEC 2013b/c

Allgemein lässt sich die zunehmende Präsenz von Kleinparteien auch in den Wahlergebnissen, bzw. den Mandatsverteilungen des Parlaments, erkennen (s. Abbildung 2). Besitzen Kleinparteien im Repräsentantenhaus zwar nur fünf der 150 Mandate, so haben sie im Senat 18 der 76 Sitze inne, also knapp ein Viertel der Mandate (AEC 2013b/c: o.S.).

3.2 Das australische Wahlsystem

Nach der Gründung wurde in Australien zunächst ein relatives Mehrheitswahlsystem mit Einerwahlkreisen eingeführt, welches in der jungen Findungsphase zu einem recht flexiblen Parteiensystem führte. Mit der Zeit entwickelten sich dann jedoch zwei Hauptstränge: *Labor* und *Anti-Labor*, bzw. *Liberals*. Im Jahr 1918 wurde das Wahlsystem unter Führung der *Liberals*, die die damalige Regierung stellten, mit dem erklärten Ziel reformiert, Kleinparteien, die potentielle Wähler abwerben könnten, das Gewinnen von Mandaten zu erschweren. Hieraus entstand letztendlich das heutige australische Wahlsystem, das eine Verbindung aus Mehrheits- (Repräsentantenhaus) und Verhältniswahl (Senat) darstellt, ergänzt um besondere Elemente wie das *preferential voting* und die Wahlpflicht (Costar 2010: 196, 199; Nohlen 1978: 170). Letztere wurde 1924 eingeführt und verpflichtet alle Bürger, die im Wahlregister eingetragen, älter als 18 Jahre sind, keine psychischen Behinderungen aufweisen und nicht länger als drei Jahre im Gefängnis waren, zur Wahl zu gehen. Diese Maßnahme führt zu einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 94% und findet in der Gesellschaft teils Unterstützung, teils Ablehnung. Auf der einen Seite wird angeführt, dass die Wahlpflicht das Interesse und die Beschäftigung mit dem Thema Wahlen fördert, Parteien keine zusätzlichen Kräfte zum Mobilisieren der Wähler aufbringen müssen und die Wahlergebnisse eine hohe politische Legitimität besitzen. Andererseits besteht die Gefahr, dass uninformierte, desinteressierte und willkürliche Stimmenabgaben die Wahlergebnisse verzerren können. Zudem haben Wähler kein Recht, aus Protest nicht wählen zu gehen (Costar 2010: 196-8). Die zweite Besonderheit des australischen Wahlsystems ist das *preferential voting*, das Prinzip der Präferenzwahl. Australien ist dabei der einzige Staat, der dieses Verfahren praktiziert (Lijphart 1994: 19). Bei diesem Verfahren müssen die Wähler Präferenzen an alle zur Wahl stehenden Kandidaten verteilen. Der am meisten favorisierte Kandidat erhält somit die Erstpräferenz, der folgende die Zweitpräferenz und so weiter, bis alle Kandidaten in eine Rangfolge gebracht wurden. Die Zweit-/Dritt-/...-Präferenzen werden dann bedeutsam, wenn kein Kandidat nach Vergabe der Erstpräferenzen die notwendige Anzahl an Stimmen auf sich vereinen kann. Es handelt sich somit um eine „Art vorweggenommener Stichwahl“ (Nohlen 1978: 155), die zudem dafür sorgt, dass die Stimmen von Kleinparteien nicht verschenkt werden. Im Gegenteil, die weiteren Präferenzen der schwächeren Kandidaten werden weiterverteilt und sie können Einfluss auf die Ermittlung des Wahlsiegers haben. So konnte sich Howard 1990 den Wahlsieg bspw. nur aufgrund der Zweitpräferenzen der Kleinparteien

Australian Democrats und *Greens* sichern (Costar 2010: 200). Dies führt verglichen mit anderen Wahlsystemen zu einer höheren Bedeutung von Kleinparteien und reduziert die Konzentrationseffekte auf das Parteiensystem (Cox 1997: 93, 95).

Wie bereits erwähnt, werden in den beiden Kammern des nationalen Parlaments unterschiedliche Stimmenverrechnungsverfahren angewandt. Im Repräsentantenhaus gibt es die absolute Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit dem Prinzip des *preferential voting*. Das bedeutet, dass ein Kandidat in seinem Wahlkreis das Mandat gewinnt, sobald er mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinen kann. Ist dies nach Auszählung der Erstpräferenzen nicht der Fall, wird der Kandidat mit den wenigsten Stimmen eliminiert und dessen Zweitpräferenzen auf die übrigen Kandidaten verteilt. Dieser Prozess wird so lange wiederholt, bis ein Kandidat über die 50%-Marke kommt, wie es die folgende Abbildung verdeutlicht.

Abbildung 3: Beispiel zur Verrechnung der Präferenzen im Repräsentantenhaus

Kandidat	erste Zählung	zweite Zählung	dritte Zählung
A	10.000	10.500 + 500	12.000 + 1.500
B	9.000	10.000 + 1000	13.000 + 3.000
C	4.000	4.500 + 500	4.500
D	2.000	2.000	
Gesamtstimmen: 25.000		notwendige Stimmen für Mandat: 12.501	

Quelle: Eigene Darstellung

Durch diese Verrechnungsmethode ist der siegende Kandidat so letztendlich von der Mehrheit gewählt. Ein Großteil der Abgeordneten erzielt ihr Mandat bereits nach Vergabe der Erstpräferenzen. In nur einem kleinen Teil der Wahlkreise erhielt in der Vergangenheit ein Kandidat, der nach Auszählung der Erstpräferenzen nicht an erster Stelle lag, das Mandat (Costar 2010: 199-200). Im Senat wird hingegen nach dem 1949 eingeführten Verhältniswahlprinzip¹ mit *preferential voting* gewählt, vorher fand auch hier Mehrheitswahlrecht Anwendung (Parkin und Summers 2010: 60). Bei den Wahlen zum Senat bildet dabei jeweils ein Staat einen Mehrpersonenwahlkreis mit in der Regel sechs zu vergebenden Mandaten. Durch Verwendung einer speziellen Quote benötigen Kandidaten zur Erreichung eines Mandats 14,3% der Stimmen (bei regulären Wahlen), bzw. 7.7% bei einer *double-dissolution*. Jede Partei stellt dabei eine Liste mit all ihren Kandidaten auf und die Wähler haben dann zwei Möglichkeiten zur Vergabe ihrer Präferenzen. Entweder wählen sie *below the line*, wobei sämtliche Kandidaten aller Parteien in eine Rangfolge gebracht werden müssen. Hierbei

¹ Es wird bei der Wahl zum Senat zwar allgemein von einem Verhältniswahlrecht gesprochen. Durch die Besonderheit des *preferential votings* handelt es sich jedoch um keine „reine“ Form der Verhältniswahl, sondern um die Variante des *single-transferable vote* (Weeks 2010b: 491).

müssen unter Umständen bis zu 100 Präferenzen vergeben werden (s. Anhang mit Auszug eines Stimmzettels). Die Alternative, die von ca. 95% der Wähler genutzt wird, ist das Wählen *above the line*. In diesem Fall wird nur die Erstpräferenz an die gesamte Liste einer Partei gegeben und sich dann den weiteren Präferenzempfehlungen dieser Partei angeschlossen. Die Parteien geben diese im Vorwege bekannt (Costar 2010: 202-5). Das Wahlsystem des Senats bietet Kleinparteien, verglichen mit dem Repräsentantenhaus, somit bessere Chancen, Wahlerfolge zu erzielen, wie es in der Vergangenheit auch häufiger der Fall war. So entfielen 88% aller Mandate, die Kleinparteien und unabhängige Kandidaten erzielen konnten, auf den Senat (Miragliotta 2010: 261). Gleichzeitig kommt aber auch Kritik an dieser Methodik auf, da hierdurch Mehrheiten in den Kammern verhindert werden können. Zwischen 1961 und 2014 gab es bspw. nur vier Jahre, in denen die Regierung auch eine Mehrheit im Senat hatte, mit der Folge, dass unter Umständen eine kleine Gruppe aus Kleinparteien die Legislative kontrolliert (Costar 2010: 203-4; Summers 2010: 85). In der Vergangenheit gab es wiederholt vergleichende empirische Untersuchungen einer Vielzahl demokratischer Wahlsysteme, um daraus Gesetzmäßigkeiten abzuleiten. Als Resultat wird dem australischen eine überdurchschnittliche Disproportionalität bei der Umwandlung von Stimmen in Mandate bescheinigt sowie eine theoretische Prozhürde von 35%. Kleinparteien würden demnach stark benachteiligt. Allerdings sind diese Studien kritisch zu beäugen, da sie eine Vielzahl ähnlicher, aber dennoch stark unterschiedlicher Wahlsysteme zur Bildung von Durchschnittswerten zusammenfügen. In ihrer derartigen Form können diese Ergebnisse also verzerrend sein (Lijphart 1994: 50-1, 94; Rae 1967: 93).

4. Analyse zur Anpassung von Kleinparteien an das australische Wahlsystem

Von den genannten Besonderheiten des politischen Systems Australiens ausgehend stellt sich somit die Frage, wie sich die Kleinparteien an diese institutionellen Gegebenheiten anpassen? Denn es ist nicht nur ein Anstieg der Stimmenanteile für Kleinparteien zu erkennen, sondern auch ein Anstieg der von diesen Parteien erzielten Parlamentsmandate. Insgesamt konnten in der Geschichte des *Commonwealth of Australia* zwölf kleine Parteien Mandate für das nationale Parlament erzielen, wobei die *Greens* bis 2013 die einzige dieser Parteien war, die selbständig einen Sitz im Repräsentantenhaus gewinnen konnte – da die *Nationals* in einer Koalition mit den *Liberals* antreten, werden sie im Folgenden teils als Sonderfall betrachtet (Brenton 2013: 286-7). Hinzu kommen hier noch vereinzelt *Independents*. Bei der folgenden Betrachtung der Kleinparteien liegt der Fokus auf den organisatorischen und strategischen Elementen der Parteien, nicht jedoch auf Elementen des aktiven Wahlkampfes. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass Kleinparteien wie die *Australian Democrats* und die *Greens* teils langfristig Erfolge verbuchen können, sodass ihre Präsenz nicht auf

reine Unzufriedenheit der Wähler mit den traditionellen großen Parteien zurückzuführen ist (Marks und Bean 1992: 311; Weeks 2010b: 495). Zum anderen können die Wahlerfolge von Kleinparteien nicht auf eine typische, sich mit der jeweiligen Partei identifizierenden Klientel zurückgeführt werden. Zwar entstand das australische Parteiensystem aus traditionell starken Parteienidentifikationen. In der jüngeren Vergangenheit sind jedoch stark rückläufige Tendenzen zu erkennen. Klassische Konfliktlinien und starke ideologische Differenzen sowie ein Wählen nach Klassenzugehörigkeit existieren im Grund nicht mehr (Manning 2010: 282, 285; Smith 2001: 51-5; Wilson 2002: 17). Gleichzeitig steigt der Anteil der Bevölkerung, der keine Parteibindung angibt und sich erst kurz vor der Wahl auf eine Partei festlegt (AES 2013b/c: o.S.). Aus diesen Gründen liegt der Fokus der folgenden Analyse auf den parteiischen Organisationsstrukturen. Es ist zudem nochmals darauf hinzuweisen, dass lediglich das Verhalten von Kleinparteien auf Bundesebene betrachtet wird und dass hauptsächlich auf die jüngere Vergangenheit, in der Kleinparteien zunehmend stärker wurden, eingegangen wird. Wie bereits in Kapitel 2.1 angesprochen, schließt der Begriff Kleinpartei dabei alle Parteien (außer *Labor* und *Liberals*) ein, die in Australien ein Mandat auf Bundesebene gewinnen konnten.

4.1 Kleinparteien in Mehrheitswahlsystemen

Wie im zweiten Kapitel bereits erwähnt, können Wahlsysteme Auswirkungen auf Parteiensysteme und vor allem kleine Parteien eines Landes haben. Dabei wird dem Mehrheitswahlrecht ein stärkerer negativer Einfluss auf Kleinparteien nachgesagt als dem Verhältniswahlrecht. Auch wenn in Australien beide Wahlsystemtypen auf Bundesebene angewandt werden, wird im Folgenden anhand der Betrachtung einzelner anderer Staaten ein spezieller Blick auf die Auswirkungen von Mehrheitswahlsystemen geworfen. Zu diesen Staaten gehören zunächst die USA, Kanada und Großbritannien, wo nach relativem Mehrheitswahlrecht gewählt wird. Den USA wird dabei das älteste und stabilste Zweiparteiensystem nachgesagt, in dem es in der über zweihundertjährigen Geschichte keine nachhaltige Entwicklung von Kleinparteien gab. Lediglich in sehr vereinzelt Fällen konnten Kandidaten von *minor parties* auf Staatsebene das Gouverneursamt gewinnen, wobei es sich bei diesen Kandidaten stets um prominente Aussteiger aus einer der beiden großen Parteien handelte. Während dem Wahlsystem kein empirisch nachweisbarer Einfluss auf das Nichtvorhandensein kleiner Parteien zugeschrieben werden kann, sind die Ursachen in zwei anderen Faktoren zu finden: Zum einen ist in den USA eine sehr starre politische Kultur zu identifizieren, die gegenüber neuen Parteien Skepsis hervorruft und an dem bestehenden politischen System in seiner Form festhält. Dies erschwert Änderungen bzw. Neuerungen in der Parteienlandschaft. Zum anderen sind die beiden großen Parteien sehr dominant und weitreichend. Sie decken gemeinsam nahezu die gesamte Gesellschaft ab und neu aufkommende Themen werden von

ihnen absorbiert. Dies ist vor allem bei den Demokraten bezüglich neuer linksorientierter Politikfelder zu sehen (Bibby und Maisel 1998: 14-6, 48-9, 53-5; Hirano und Snyder 2007: 2-7). Beim nördlichen Nachbarn der USA, Kanada, sind hingegen gänzlich andere Eigenschaften des Parteiensystems zu erkennen. Trotz des dortigen Mehrheitswahlsystems führen ca. 25% der Wahlen zu Minderheitsregierungen, da Kleinparteien regelmäßig ins Parlament gewählt werden, jedoch häufig keine Koalitionen eingehen. Als Folge werden Zustimmungen zu Gesetzesinitiativen für politische Kompromisse gehandelt. Die Ursache für die starke Präsenz von Kleinparteien liegt in der ethnischen Vielfalt Kanadas, bestehend aus ehemaligen Einwanderern und Ureinwohnern (*First Nations*). Diese Vielfalt ist mit der Australiens vergleichbar. Hinzu kommt in Kanada die Zweisprachigkeit mit der französisch sprechenden Provinz Quebec. Dies führt dazu, dass die kanadischen Kleinparteien als *single-issue parties* häufig Nischenparteien sind oder eine regionale Beschränkung haben. Die quebecische Separatistenpartei *Bloc Québécois* konnte 2008 bspw. nur durch ihre regional begrenzte Klientel 16% der Mandate im nationalen Parlament gewinnen (Jackson und Jackson 2009: 63-5, 284-6, 388, 430; Weeks 2010b: 491). Der regionale Fokus von Kleinparteien ist ebenso in Großbritannien vorzufinden. Aufgrund seiner Vierteilung sind besonders in Nordirland, Schottland und Wales regionale Parteien aktiv. Allerdings sind diese und andere Kleinparteien meist populistisch oder konzentrieren sich auf prominente Persönlichkeiten und sind daher in Großbritannien nur sehr begrenzt erfolgreich. Ausnahmen stellen nur die *Liberals* dar, die sich durch Parteienallianzen und Absorptionseffekte zu dritten Kraft und letztlich sogar zur Regierungspartei entwickeln konnte, sowie aktuell die europakritische *UKIP*, die ihren Erfolg aus der Unzufriedenheit der Wähler mit den etablierten Großparteien ziehen kann (Cole und Deighan 2012: 141-2, 146-50, 162, 173, 185-7, 197).

Ergänzend zu den hier betrachteten drei Staaten mit relativer Mehrheitswahl gehört der Blick zudem auf Frankreich gerichtet, da dies der einzige westliche Staat ist, in dem komplett nach absolutem Mehrheitswahlrecht (mit eventueller Stichwahl) gewählt wird. Trotz der absoluten Mehrheitswahl hat sich in Frankreich ein Mehrparteiensystem mit drei bis vier Großparteien sowie zusätzlichen etablierten Kleinparteien entwickelt. Dies liegt vor allem an der Notwendigkeit der Stichwahl, da in der Regel kein Präsidentschaft- oder Parlamentskandidat im ersten Wahlgang die benötigte absolute Mehrheit erzielen kann. Bei der folgenden Stichwahl ist dann nur noch die relative Mehrheit notwendig, sodass die zwei oder drei Parteien, die Kandidaten in die Stichwahl schicken dürfen, um die Stimmen der verbleibenden Parteien kämpfen. Es werden daher Wahlallianzen ausgehandelt und kleinere Parteien können eine einflussreiche Rolle spielen und ihre Wahlempfehlungen gegen politische Zugeständnisse „tauschen“. Diese Parteienbündnisse sind erfahrungsgemäß für Erfolg bei Stichwahlen essentiell (Kempf 2007: 170, 235; Pütz 2004: 30, 69, 158-9, 260). Auch wenn es sich bei Irland nicht

um ein Mehrheitswahlsystem handelt, sollte dennoch ein kurzer Blick auf die dortige Situation gerichtet werden. Das Wahlsystem für das irische Unterhaus ist dem des australischen Senats nämlich sehr ähnlich. Durch die Vergabe Präferenzen und Mehrpersonenwahlkreisen konnten sich in Irland vereinzelt *minor parties* etablieren, deren Überleben stark der Anwendung strategischen Wählens zu verdanken ist. Zudem spielen für diese Parteien prominente Persönlichkeiten genauso eine wichtige Rolle wie das Abdecken einer Vielfalt politischer Themen, da *single-issue parties* in Irland in der Regel schnell wieder aus dem Parteiengefüge verschwinden (Weeks 2010b: 491-4). Während sich aus der Situation der USA folglich keine Vergleichsperspektiven für Australien erschließen lassen, bieten die übrigen Länder interessante Anhaltspunkte: Das Eingehen von Parteienbündnissen, strategisches Wählen, bestimmte Politikfelder als Alleinstellungsmerkmal, regionale Konzentration sowie der Fokus auf Persönlichkeiten. Diese Punkte werden im Folgenden mit Bezug auf Australien genauer betrachtet.

4.2 Parlamentarische Parteienbündnisse

Das Eingehen von Parteienbündnissen ist eine gute Möglichkeit für Kleinparteien, um politischen Einfluss zu erhalten. Neben regionalen Parteihochburgen (s. Kapitel 4.5) werden Parteibündnisse für kleine Parteien in der Wissenschaft teils als einzige Möglichkeit gesehen, um in Mehrheitswahlsystemen Mandate zu erzielen (Nohlen 2007: 157). Politische Systeme wie das australische mit absoluter Mehrheitswahl und *preferential voting* oder mit Stichwahlentscheidung eignen sich dabei besonders für derartige Bündnisse (Duverger 1959: 334; Lijphart 1994: 134-7). Allerdings ist bei der Verwendung des Begriffs Parteienbündnis zwischen verschiedenen Formen zu unterscheiden: Neben vorübergehenden, kurzfristigen Wahlbündnissen (s. Kapitel 4.3) gibt es längerfristige oder dauerhafte Parlaments- und Regierungsbündnisse. Parlamentarische Bündnisse beziehen sich dabei auf eine indirekte Rolle von Kleinparteien, die sich entweder einer gemeinsamen Opposition anschließen oder eine Minderheitsregierung tolerieren und bei Abstimmungen unterstützen, ohne dabei eigene Standpunkte zu verändern. Das Eingehen von Regierungsbündnissen (häufig als Koalition bezeichnet) bedeutet für Kleinparteien hingegen eine aktive Beteiligung an der Regierungsarbeit und bedarf mitunter Kompromiss- und Verhandlungsbereitschaft (Duverger 1959: 339-41). Auch wenn Parteienbündnisse in Zweiparteien- und Mehrheitswahlsystemen lange als Ausnahmen gesehen wurden (ebd.: 333), sind oder waren sie dennoch in einigen Ländern wie Frankreich und Großbritannien vorzufinden.

Betrachtet man die australische Parteienlandschaft Australiens, so ist auch hier zu erkennen, dass das Eingehen von parlamentarischen Parteienbündnissen ein andauernder Bestandteil des Systems ist. So agieren die Parteien der *Liberals* und *Nationals* (bzw. deren Vorgänger-

parteien) seit 1923 als *Coalition*². Diese bereits seit 91 Jahren bestehende Zusammenarbeit führt in Betrachtungen und Analysen der Fachliteratur allerdings häufig dazu, die *Coalition* nicht als Parteienbündnis sondern als eigene Partei zu sehen. Dies wird oft auf das lange Bestehen der *Coalition* zurückgeführt sowie auf die Tatsache, dass die *Coalition* auch in Zeiten der Opposition zusammensteht (Woodward 2010b: 249). Eine solche Annahme ist jedoch falsch, da die an dem Bündnis beteiligten Parteien trotz ihrer engen und erfolgreichen Zusammenarbeit – in den 91 Jahren ihres Bestehens bildeten sie 61 Jahre lang gemeinsam die Regierung – eigene Parteistrukturen und -organisationen haben (Costar 2011: 29-30). Der langjährige Erfolg des Parteienbündnisses lässt sich vor allem durch die historischen Ursprünge erklären. Zur Zeit des Zusammenschlusses 1923 fürchteten die ideologisch verwandten konservativen Parteien ein weiteres Erstarren der *Labor Party* und fühlten sich darin in ihrer Machtposition in der australischen Politik bedroht. Das Bilden einer Allianz ihrer Parteien wurde daher als einzige Möglichkeit gesehen, *Labor*, denen auf der linken Seite des Parteienspektrums keine Konkurrenz drohte, entgegenzutreten. Das Bündnis der *Coalition* wurde im Laufe der Zeit zu einer Selbstverständlichkeit, dass es der Besiegelung der Zusammenarbeit nach einer jeden Wahl in der Regel keiner oder nur einer sehr kurzen schriftlichen Vereinbarung bedarf – das Parteienbündnis wird meist mit einem einfachen Handschlag bekräftigt (ebd.: 32-3). Die Parteienallianz der *Coalition* ist ein gutes Beispiel, wie *minor parties* in einem eigentlich unvoreilhaftem Wahlsystem von solchen Bündnissen profitieren können. Trotz ihres Charakters einer *minor party* konnte die *National Party* im Laufe ihres Bestehens durch ihr Parteienbündnis mit den *Liberals* einen überproportionalen Einfluss auf die australische Politik gewinnen (Woodward 2010b: 249). Denn durch das gemeinsame Auftreten wurden und werden die *Nationals* auch an der Regierungsbildung beteiligt und konnten eine Vielzahl an Ministerien besetzen, teils bis einem Viertel der Ministerposten bei einem deutlich geringeren Mandats- und Stimmenanteil. Außerdem ist den *Nationals* der Posten des stellvertretenden Premierministers sicher, wenn die *Coalition* an der Regierung ist (Costar 2011: 32). In der aktuellen Regierung werden allerdings nur drei der 19 Ministerposten von Politikern der *Nationals* ausgeübt (Parliament of Australia 2014b: o.S.). In Zeiten der Regierungsverantwortung setzten sich die *Nationals* vor allem für die Landwirtschaft und ruralen Gebiete ein, bspw. durch die Genehmigung zusätzlicher Subventionen oder das Abwenden weiterer Regulierungen der Agrarwirtschaft (Nationals 2014: o.S.). Allgemein ähneln sich die Politiken von *Liberals* und *Nationals* jedoch stark, sodass es in der bei der Ausgestaltung von Regierungsprogrammen wenige Differenzen gibt. Hilfreiche Effekte für den Einfluss von Kleinparteien in Regierungen sind dabei starke Führungspersönlichkeiten in den *minor parties*, die die Parteiinteressen gut durchsetzen können, sowie knappe Mehrheitsver-

² Das Parteienbündnis *Coalition* ist nicht mit dem Fachbegriff „Koalition“, worunter Zusammenschlüsse von Parteien zur Regierungsbildung im Allgemeinen verstanden werden, zu verwechseln!

hältnisse. Konnte die *Coalition* in der Vergangenheit nur aufgrund einer knappen Mehrheit im Repräsentantenhaus die Regierung stellen, hatten die *Nationals* jeweils bessere interne Verhandlungspositionen, da die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit wesentlich größer war als in den Fällen, in denen die *Liberals* theoretisch auch hätten alleine regieren können (Costar 2011: 35). Die *Liberals* haben aber auch in diesen Fällen die *Coalition* aufrecht erhalten, da auch sie auf dieses Parteienbündnis angewiesen sind. Für sie geht es nämlich darum, die Partnerschaft beizubehalten, um sich bei knappen Wahlausgängen auf die gesicherte Zusammenarbeit verlassen zu können.

Allerdings haben Parteienbündnisse nicht nur Vorteile für Kleinparteien; sie können auch gefährliche Nebenwirkungen mit sich bringen. Zum einen bedeuten Bündnisse grundsätzlich das Eingehen von Kompromissen, wodurch die eigenen Wähler einer Partei enttäuscht werden können. Die sehr konservativen *Nationals* machen diese Erfahrungen besonders seit der Jahrtausendwende, als die *Liberals* sich zu einer zunehmend neoliberalen, moderneren Politik entschlossen haben, da dies auch den modernen Tendenzen der australischen Gesellschaft entspricht. Zustimmungen zu Steuererhöhungen und strengeren Waffengesetzen wurden von vielen Wählern, besonders aus ländlichen Gebieten, als Verrat der ursprünglichen Werte gesehen und werden mit als Grund für den Stimmenrückgang der *Nationals* gesehen. Neben den Wählern wehren sich vereinzelt auch Abgeordnete gegen den neuen Kurs, sodass eine weitere Gefahr darin besteht, dass Abgeordnete aus der Partei austreten und in der Folgewahl als unabhängige Kandidaten antreten, wo sie von ihrer Bekanntheit profitieren können. Kleinparteien können sich durch Parteienbündnisse also nicht nur helfen, sondern auch schaden (Costar 2011: 39; Woodward 2010b: 252). Zum anderen kann auch der Bündnispartner eine Bedrohung für die kleinere Partei sein. Gab es zu Beginn des Bündnisses zwischen *Liberals* und *Nationals* teilweise Absprachen, dass in bestimmten Wahlkreisen nur Kandidaten einer der beiden Parteien antreten, hat sich dies mittlerweile geändert und es treten *Liberals* und *Nationals* gegeneinander an. Bei vergangenen Jahren hatten die *Nationals* als Kleinpartei dabei in der Regel das Nachsehen und mussten Mandatsverluste hinnehmen, die selten zurückgewonnen werden können. Auch bei der letzten Wahl ging wieder ein Wahlkreis innerhalb des Parteienbündnisses an die *Liberals* verloren. Aufgrund der unterschiedlichen Parteigrößen stehen Kleinparteien in solchen Duellen häufig geringere Mittel (vor allem finanzieller Seite) zur Verfügung, sodass zu einem ungleichen Wahlkampf kommen kann (AEC 2013g: o.S.; Costar 2011: 36, 41; Woodward 2010b: 253). Neben den *Nationals* gab es in Australien bisher wenig weitere Versuche von Kleinparteien, parlamentarische Allianzen einzugehen. Dies liegt nicht nur an den damit einhergehenden Risiken sondern auch an der Tatsache, dass nur selten die Möglichkeit besteht, durch solch ein Bündnis eine Regierungsmehrheit zu erhalten. Die *Greens* haben bisher nur einmal auf

Bundesebene die Minderheitsregierung von *Labor* 2010-2013 toleriert, auf Ebene der Bundesstaaten waren sie bisher einmal an einer Regierungskoalition mit *Labor* beteiligt, die jedoch Anfang 2014 durch die *Labor Party* beendet wurde. Hier war es die *major party*, die sich nicht weiter auf Kompromisse und Entgegenkommen einlassen wollte und die einen Verlust traditioneller Wähler befürchtete (Denholm 2014: o.S.). Parteienbündnisse, wie sie in Australien besonders mit der *Coalition* schon lange bestehen, können für Kleinparteien folglich sowohl Vorteile, wie bessere Chancen auf ein Mandat und Einfluss auf die Politik, als auch Nachteile, wie die Gefahr des Identitäts- und Wählerverlusts, haben. Das Abwägen dieser Chancen und Risiken ist im Vorwege schwierig, sodass die mit Ausnahme der *Nationals* die anderen australischen *minor parties* bisher von engen Parteibündnissen auf Parlaments- und Regierungsebene absehen, bzw. zurückhaltend sind. Denn die Gefahr, dass die eigene Partei durch eine solche Allianz eventuell in der Bedeutungslosigkeit verschwindet oder in der Allianz untergeht, ist besonders für die ganz kleinen Parteien sehr groß.

4.3 Strategisches Wählen & Wahlallianzen

Eine Alternative zu langfristigen Parteienbündnissen wie der *Coalition* ist das Eingehen kurzfristiger Allianzen bei Wahlen, um die eigenen Wahlchancen zu erhöhen. In derartigen Allianzen versuchen Parteien, durch strategisches Wählen die benötigten Prozenzhürden zur Erreichung eines Mandates zu überwinden. Zwar gibt es vereinzelte Stimmen in der Parteien- und Wahlforschung, dass Wahlsysteme wie das australische mit *preferential voting* wenige Anreize für strategisches Wählen bieten (Pappi und Shikeno 2007: 123). Die Mehrheit sieht im australischen System der Präferenzenvergabe hingegen einen besonders gewichtigen Grund, weshalb Parteien und Wähler sich des Einflusses strategischen Wählens bewusst sein sollten (Cox 1997: 93; Sharman, Sayers und Miragliotta 2002: 545). Um bei Wahlen die benötigte Anzahl an Präferenzen zu erhalten, gehen die meisten Parteien mit anderen Parteien sogenannte *preference deals* ein, durch die die Verteilung der Zweit-, Dritt-, ...-Präferenzen ausgehandelt wird. Dabei kann es neben einfachen, positiven Deals, dass eine Partei ihren Wählern die Vergabe der Zweitpräferenzen an eine bestimmte andere Partei empfiehlt, noch verschiedene andere Möglichkeiten geben: z.B. diskriminierende Deals, dass eine bestimmte Partei bei der Präferenzenvergabe an letzter Stelle stehen soll (so geschehen mit der *One Nation Party* 1998, die von den meisten anderen Parteien als rassistisch angesehen wurde) oder der Tausch von Präferenzen für politische Gegenleistungen, bspw. für Anpassungen bestimmter Politikbereiche. Der Präferenzenhandel kann dabei in alle Richtungen vorkommen: Von kleinen zu großen Parteien oder umgekehrt, zu ideologisch nahen oder auch ideologisch entfernten Parteien. Des Weiteren kann es zu *cross-house deals* kommen, dass eine Partei einer anderen bspw. im Repräsentantenhaus Präferenzen verspricht, im Senat hingegen umgekehrt Präferenzen erhält. Genauso können sich Parteien

aber auch entscheiden, keine Empfehlungen zur weiteren Präferenzenvergabe auszugeben, so wie es die *Australian Democrats* in ihren Anfangsjahren taten (ebd.: 548-50, 554). Auch wenn einige Abgeordnete der *major parties* den Handel von Präferenzen immer wieder kritisieren, da Kleinparteien dadurch eine undurchsichtige Lotterie der Wahlergebnisse betreiben würden, ist anzumerken, dass die großen Parteien genauso an *preference deals* mit den Kleinparteien beteiligt sind (Matthewson 2014: o.S.). Die Herausforderung des australischen Wahlsystems ist dessen Komplexität, sodass es für die Wähler beim strategischen Wählen mehr Hintergrundwissen bedarf als in vielen anderen Wahlsystemen. Im Repräsentantenhaus stellen daher alle Parteien ihren Wählern sogenannte *how-to-vote-cards* zur Verfügung. Diese Karten sind Kopien der Wahlzettel und die ausstellenden Parteien haben beispielhaft alle Präferenzen an die zur Wahl stehenden Kandidaten nach ihrer Vorstellung vergeben. Die Wähler müssen die Reihenfolge ihrer Präferenzen bei der Wahl dann lediglich von dieser Orientierungshilfe auf die echten Wahlzettel übertragen (Cox 1997: 94; Sharman, Sayers und Miragliotta 2002: 547). Da insgesamt mehr als 50% der Stimmen zur Erreichung des Mandates benötigt werden, gehen die Mandate fast ausschließlich an die großen Parteien. Nichtsdestotrotz legen besonders diese Parteien auf eine umfassende Information ihrer Wähler wert. Denn durch den steigenden Anteil an Erstpräferenzen, der an *minor parties* geht, nimmt der Wettstreit der großen Parteien um die weiteren Präferenzen der kleinen Parteien zu, was die Verhandlungspositionen letzterer deutlich steigert (Sharman, Sayers und Miragliotta 2002: 550, 556). Wurden 2004 noch 89 der 150 Mandate im Repräsentantenhaus bereits nach Auszählung der Erstpräferenzen vergeben, waren es 2007 75, 2010 64 und 2013 sogar nur 53 Mandate (AEC 2004, 2007, 2010b, 2013f: jeweils o.S.). Spannender als die *preference deals* der *major parties* ist jedoch die Frage, wie und durch welche Präferenzen es die drei Kleinparteien *Greens*, *Palmer United Party* und *Katter's Australian Party* geschafft haben, ein Mandat im Repräsentantenhaus zu erzielen. Das eine Mandat, welches die *Greens* im Repräsentantenhaus halten, wurde im Wahlkreis der Stadt Melbourne gewonnen. Als Gründe für diesen Erfolg wurden ein engagierter, offensiver und persönlicher Wahlkampf sowie Unzufriedenheit der Wähler mit den beiden *major parties* genannt (Tomazin 2013: o.S.). Hierbei konnte ihr Kandidat, Adam Bandt, bereits 43% der Erstpräferenzen auf sich vereinen, *Labor* 26% und *Liberals* 22%. Der folgende Sieg der *Greens* ist allerdings nicht durch vorherige *preference deals* zustande gekommen. Nachdem die Kandidaten mit nur wenigen Stimmenanteilen nacheinander eliminiert und dessen Stimmen umverteilt wurden, lagen die *Greens* mit 46% weiter deutlich vor *Labor* (31%) und *Liberals* (23%). Erst die Umverteilung der Stimmen der *Liberals* ließ die *Greens* mit letztlich 55% gegen *Labor* den Wahlkreis gewinnen (AEC 2013i: o.S.). Der Mandatsgewinn ist somit eher auf politische Gründe und persönliche Bekanntheit zurückzuführen. Ähnlich sind die Erfolge der *Palmer United Party* sowie der *Katter's Australian Party* einzustufen, wo jeweils die Parteigründer

und -vorsitzenden, Clive Palmer bzw. Bob Katter, das Mandat in ihren Wahlkreisen holten. Aufgrund seiner Bekanntheit konnte Palmer – bei seiner ersten Wahl und nur acht Wochen nach der Registrierung seiner Partei – in seinem Wahlkreis bereits 26,5% der Stimmen sichern, führende Partei nach Verteilung der Erstpräferenzen waren jedoch die *Liberals* mit gut 41%. Dass Palmer letztlich noch gewinnen konnte, lag vor allem am *preference deal* mit *Katter's Australian Party* sowie einem überraschenden Deal mit den *Greens*, die ihren Wählern vorschlugen, Palmer höher als *Labor* und *Liberals* zu präferieren – obwohl der Bergbauhintergrund Palmers der Umweltpolitik der *Greens* deutlich widerspricht. Durch diesen Deal konnte Palmer genug Stimmen vereinen, sodass der Kandidat von *Labor* vor ihm eliminiert wurde und Palmer durch die umverteilten Stimmen knapp die 50%-Marke übersprang und mit lediglich 53 Stimmen Vorsprung gewann (AEC 2013d: o.S.; Holmes 2014: 25; PUP 2013: o.S.; Sales 2013: o.S.). Ähnlich erging es Bob Katter und seiner neu gegründeten *Katter's Australian Party*. Als ehemaliger Abgeordneter der Nationals konnte er durch seine Bekanntheit zunächst einen hohen Anteil an Erstpräferenzen erzielen (29%). Durch den Deal mit der *Palmer United Party* konnte er dann *Labor* überholen und durch die Umverteilung dessen Stimmen den Sieg vor den *Liberals* erzielen (AEC 2013e: o.S.). Im Vorwege abgestimmte Präferenzvergaben können somit die Endergebnisse teils überraschend entscheiden.

Noch interessanter als das Repräsentantenhaus ist jedoch die Betrachtung des Senats. Zum einen ist es durch die niedrigere Quote von 14,3% für Kleinparteien einfacher, Mandate zu gewinnen. Zum anderen macht die Möglichkeit des Wählens *above the line*, die von 95% der Wähler genutzt wird, die Absprache der Präferenzvergabe noch wichtiger für die Parteien. Und dies nicht nur für Kleinparteien, da auch die zusätzlichen Stimmen von *major parties* weiterverteilt werden, wenn ein Kandidat mehr als die geforderten 14,3% erzielt. Für das Wählen *above the line*, das *preference deals* unverzichtbar macht, geben Parteien im Vorwege in einem *group voting ticket* an, wie in diesem Fall die Präferenzen weiter verteilt werden. Diese *tickets* müssen bereits vor der Wahl bei der Wahlkommission hinterlegt werden und sind öffentlich einsehbar, sodass sich die Wähler theoretisch genau über die Auswirkung ihrer Stimme informieren könnten. Bei teilweise mehr als 100 Kandidaten ergibt dies jedoch eine Auflistung von über 20.000 Datenzeilen (Sharman, Sayers und Miragliotta 2002: 546, 551-2). Wie wichtig die Vergabe von Präferenzen ist, kann aus der Anzahl der Mandate abgeleitet werden, die erst nach Verteilung weiterer Präferenzen vergeben werden konnten: 2013 waren dies 62,5% der Sitze, wobei es teils über 200 Zählrunden gab (AEC 2013h: o.S.). Wie bereits in vorangegangenen Teilen dieser Arbeit erwähnt, ist eine beträchtliche Zahl der Mandate in der Hand von Kleinparteien. Die *Liberals* zogen daraus unter anderem die Konsequenz, dass sie die *Greens* bei ihrer Präferenzvergabe auf den hintersten Platz stellen, um deren Einfluss möglichst gering zu halten (Brenton 2013: 302). Die starke Prä-

senz von Kleinparteien im Senat war bei Einführung des dortigen Wahlsystems trotz des Bewusstseins möglicher Präferenzvergaben nicht vermutet worden. Und auch statistisch widersprechen die Wahlerfolge von *minor parties* teilweise den Erwartungen: Denn erfahrungsgemäß benötigt eine Partei mindestens sieben Prozent der Erstpräferenzen, um die Chance auf ein Senatsmandat zu wahren. Wie im Folgenden zu sehen sein wird, lässt sich diese theoretische Bedingung jedoch durch *preference deals* umgehen und widerlegen (Sharman, Sayers und Miragliotta 2002: 553). Denn vor den vergangenen nationalen Wahlen 2013 gründete der Politikstratege Glenn Druery die *Minor Party Alliance*, die Kleinparteien über die strategische Vergabe von Präferenzen und das Erstellen der *group voting tickets* berät. Das erklärte Ziel ist es dabei, Präferenzen von der *Coalition*, *Labor* und den *Greens* fernzuhalten und stattdessen einer *minor party* den Einzug in den Senat zu ermöglichen. Die *Greens* werden dabei von der Allianz mit den *major parties* in eine Reihe gestellt, da sie im Senat mittlerweile als etabliert gesehen werden und es bei Senatswahlen des Öfteren schaffen, bereits nach Übertragung der ersten Präferenzen ein Mandat zu erzielen (Rope 2013: o.S.; Swan 2013: o.S.). Da es aufgrund der Vielzahl an Kandidaten eine enorme Anzahl an Möglichkeiten der Präferenzvergabe gibt, ist diese strategische Beratung nicht nur im Vorwege der Wahlen mit Argwohn betrachtet worden. Die Undurchsichtigkeit dieser Wahlallianz beschäftigt auch aktuell ein Parlamentskomitee, das identifizieren soll, ob die *preference deals* eine Art Wahlmanipulation darstellen. Allerdings sind derartige Deals gesetzlich nicht verboten (Jacques 2014: o.S.). Dieser Kritik haben sich auch die *Greens*, die kein Bestandteil dieser Allianz waren, angeschlossen. Sie kritisierten vor allem linke Parteien für die frühzeitige Vergabe von Präferenzen an konservative und rechte Parteien und führten vor der Wahl Negativkampagnen gegen einen Teil dieser Parteien, was sich jedoch als nachteilig herausstellte und den *Greens* Stimmenverluste einbrachte. Zudem sind sie selbst widersprüchliche *preference deals* eingegangen, unter anderem mit der *Palmer United Party* (Swan 2013: o.S.). Ein sehr gutes Beispiel für den Erfolg der *Minor Party Alliance* ist das Abschneiden der *Australian Motoring Enthusiast Party*. Nach Auszählung der Erstpräferenzen lag der Kandidat Ricky Muir mit 0,51% der Stimmen auf einem theoretisch aussichtslosen Platz. Durch die geschickte Umverteilung von Präferenzen anderer Kleinparteien konnte Muir am Ende jedoch das sechste und letzte Senatsmandat für den Staat Victoria gewinnen. Die komplexen und sich gegenseitig unterstützenden *group voting tickets* der Mitglieder der Allianz führten dazu, dass bei 97 Kandidaten 291 Zählrunden³ notwendig waren, bis Muir die 14,3% benötigten Stimmen erhielt (AEC 2013j: o.S.). Interessant ist dabei die Betrachtung der Parteien, von denen Muir Präferenzen übertragen bekam: So kamen die Präferenzen

³ Da es bei der nacheinander erfolgenden Eliminierung von rund 90 Kandidaten des Öfteren sein kann, dass mehrere Kandidaten gemeinsam letztplatziert sind, müssen weitere theoretische Präferenzen unter diesen betroffenen Kandidaten ausgezählt werden, um den tatsächlich Letztplatzierten zu ermitteln. Hierdurch kann es zu der genannten Zahl von 291 Zählrunden kommen.

bspw. sowohl von der freizügigen *Australian Sex Party* als auch von der religiös-konservativen *Family First Party*, die sich ideologisch alles andere als nahstehen und von denen eigentlich kein Zusammenwirken zu erwarten war. Des Weiteren ist erwähnenswert, dass neun der insgesamt 25 Parteien, die Muir und seiner Partei Präferenzen zukommen ließen, nach Auszählung der Erstpräferenzen zum Teil deutlich mehr Stimmen hatten als Muir mit seinen 0,51% (AEC 2013: o.S.). Während Muir mit seiner Partei also von *preference deals* profitieren konnte, haben diese neun Parteien klare Nachteile gehabt – auch wenn diese Parteien auch ohne die Wahlallianz höchstwahrscheinlich kein Mandat erzielt hätten. Ein ähnliches Vorgehen ist zudem bei der Präferenzenvergabe in Western Australia bei den dortigen Senatswahlen für das nationale Parlament zu beobachten. Hier schaffte es Dio Wang von der *Palmer United Party* überraschend, ein Mandat zu erzielen. Als Gegenleistung für den Erhalt von Präferenzen hat die *Palmer United Party* den entsprechenden Parteien versprochen, dass diese quasi als Lobbyisten Zugang zu Wang und der Partei erhalten (Aston 2014: o.S.). Diese Beispiele zeigen sehr deutlich, wie Wahlausgänge beeinflusst werden können, wenn sich Kleinparteien intensiv mit ihren Möglichkeiten auseinandersetzen und sich den institutionellen Gegebenheiten diesbezüglich anpassen.

4.4 Neue Politikfelder

Im Kampf um Wählerstimmen ist es für Kleinparteien häufig ein entscheidendes Kriterium, sich durch den Fokus auf neuartige, kontroverse oder bisher wenig beachtete Themen hervorzuheben. Da die Parteienidentifikation immer weiter abnimmt, ist ein solcher Trend in vielen westlichen Demokratien zu sehen (Jaensch 1995: 140). Denn nur durch das Besetzen thematischer Nischen haben Kleinparteien häufig erst die Chance, ihre Notwendigkeit zu unterstreichen. Sie profitieren dabei sowohl von sich modernisierenden Gesellschaften, deren Interesse sich zunehmend auf soziale und neue Themen wie Klimawandel und Flüchtlingspolitik konzentriert, als auch von mangelnder Initiative der *major parties*, sich diesen Themen anzunehmen (Ghazarian 2012: 449-51; Manning 2010: 296). Moderne Kleinparteien sind dabei für die Vertretung von Minderheiten und sensiblen Themen essentiell und somit unterscheiden sie sich deutlich von ursprünglichen Kleinparteien, die meist aus Abspaltung von großen Parteien hervorgingen und keine eigenen Thematiken in die politischen Debatten einbrachten (Brenton 2013: 301; Ghazarian 2012: 446). Für ein langfristiges Bestehen solcher Parteien ist es allerdings auch wichtig, dass sie parallel zum Hervorheben ihre neuen Politikfeldes Inhalte in den bestehenden, etablierten Politikfeldern entwickeln. So zeigen sie einerseits eine flächendeckende Kompetenz und andererseits unterstreichen sie ihre Existenzberechtigung mit der Notwendigkeit, dass ihr neues Spezialgebiet diskutiert werden muss (Brenton 2013: 302). Da das australische Parteiensystem ursprünglich aus den unterschiedlichen Klassen der Gesellschaft entstanden ist, war es nicht von thematischen Ab-

grenzungen der Parteien gekennzeichnet. Sowohl *Labor* als auch die *Coalition* hatten Positionen zu allen tagespolitischen Themen (Manning 2010: 281). In der jüngeren Vergangenheit gab es im Parteiensystem und bei der Besetzung politischer Positionen in bestimmten Gebieten jedoch nennenswerte Veränderungen. Eines der Themen, welches sowohl von *Labor* als auch der *Coalition* lange Zeit wenig beachtet wurde, ist der Umweltschutz bzw. der Klimawandel. Vielmehr bestand, und besteht auch immer noch, eine breite Lobby aus dem Agrar-, Bergbau- und Industriebereich, die bei den großen Parteien gegen strengere Regulierungen vorgehen. Dies führte unter anderem dazu, dass Australien erst sehr spät dem Kyoto-Protokoll beitrug, eine eingeführte Steuer auf CO₂-Emissionen zügig zurückgenommen wurde und aktuell zum Neubau eines Hafens inmitten des Weltnaturerbes des *Great Barrier Reefs* tendiert wird (Cook, Walsh und Harwood 2009: 337). Und auch wenn das Thema Umwelt im Vorlauf der Wahlen nicht immer zu den Topthemen gehört, ist es für die australische Bevölkerung von Bedeutung und bietet Kleinparteien eine Nische (Campbell 2013: o.S.). Das bekannteste Beispiel hierfür sind die *Greens*, die sich mit ihrem Fokus auf Umweltschutz (und weitere soziale Themen wie Abrüstung und Menschenrechte) ein Alleinstellungsmerkmal erarbeiten konnten und spätestens seit den Wahlen 2004 als etablierte dritte Kraft im australischen Parlament gelten. Gerade im Bereich des Umweltschutz wird den *Greens* von den Wählern eine besondere Kompetenz zugesprochen (Ghazarian 2012: 447; Brenton 2013: 289, 300). Zwar gab es bereits früher gelegentlich Versuche von Kleinparteien, sich auf diesem Feld zu etablieren. Da sich diese Parteien, wie z.B. die *Nuclear Disarmament Party*, aber zusätzlich nicht auf weitere Themen konzentrierten, waren deren Erfolge meist nur von kurzer Dauer (Ghazarian 2012: 446). Wie bereits erwähnt, ist das Belegen weiterer Themen jedoch für das Überleben von *minor parties* von großer Bedeutung. Die *Greens* nehmen daher auch bei kritisch diskutierten Themen wie der Flüchtlingspolitik, dem Umgang mit den australischen Ureinwohnern oder der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe liberalere Positionen als die *major parties* ein (Brenton 2013: 302). Besonders beim im Wahlkampf stark diskutierten Thema der Flüchtlingspolitik über die Behandlung von in Australien Asylsuchenden heben sich die *Greens* deutlich von *Labor* und *Coalition* ab und werden von den Wählern als am Fortschrittlichsten gesehen (Cass 2013: o.S.; Gruenbaum 2013: 410). Aber auch die umgekehrte Positionierung zu diesen Themen kann für Kleinparteien Erfolg mit sich bringen. So spricht sich die religiös-konservative *Family First Party* konsequent gegen Abtreibungen, liberalere Asylpolitik und gleichgeschlechtliche Ehen aus und konnte damit bei den vergangenen Wahlen ein Mandat im Senat gewinnen (Ghazarian 2012: 448). Kleinparteien können somit vor allem an den eher linken und rechten Rändern der großen Parteien Schwerpunkte setzen und so neue Wähler ansprechen. Unzufriedenheit und Enttäuschung mit den etablierten großen Parteien ist dabei ein weiterer unterstützender Faktor für die *minor parties*. Besonders eine schwächelnde Wirtschaft lässt Wähler aus Protest

zu den Kleinparteien überlaufen, auch wenn diese nicht unbedingt eine realistische Alternative auf diesem Gebiet anbieten können (Donovan 2000: 479; Hirano und Snyder 2007: 13; Marks und Bean 1992: 324). Verstärkt lassen sich solche Hoffnungen durch populistische Äußerungen wecken. Dies lässt sich auch in anderen Ländern mit Mehrheitswahlsystemen wie Frankreich und Großbritannien, wo sich die europakritischen Parteien *Front National* bzw. *UKIP* von Kleinparteien zu teilweise großen Einflussnehmern entwickeln konnten.

4.5 Parteihochburgen und regionaler Rückhalt

Da Mehrheitswahlsystemen es Kleinparteien im Allgemeinen erschweren, bei Wahlen Mandate zu gewinnen, werden regionaler Rückhalt und Parteihochburgen sowohl von Lijphart als auch von Nohlen als eine der wenigen Möglichkeiten gesehen, dieser Benachteiligung zu begegnen (Lijphart 1994: 20; Nohlen 2007: 157). Auch auf Australien bezogen werden regionale Hochburgen als wichtiges Element genannt, um neuen Parteien den Einstieg in die nationale Politik zu erleichtern. Denn in diesen geographischen Heimatteritorien könnten diese Parteien eine breite Basis als Kernwählerschaft aufbauen und somit eine gegenseitige Identifikation zwischen Partei und Wählern schaffen – auch wenn regionale Hochburgen keineswegs als Garantie für Wahlerfolge gesehen werden können (Miragliotta und Sharman 2012: 577-8, 580). Betrachtet man die australische Parteienlandschaft, sind jedoch bei fast keiner Partei solch regionale Ballungszentren vorzufinden. Zwar wird *Labor* ein starker Rückhalt in Arbeitervierteln zugeschrieben und den konservativen Parteien auf dem Land. Und die *Nationals* schneiden im Staat Queensland tendenziell besser ab als in den anderen Staaten. Sie konnten dort sogar bereits mehrfach den Premierminister stellen, da sie teils mehr Stimmen als die *Liberals* auf sich vereinen konnten. Typische Hochburgen sind jedoch nicht zu finden. Von den vier bedeutsamsten selbständigen *minor parties* der vergangenen Jahrzehnte sind die *Democratic Labor Party* (1955-80), die *Australian Democrats* sowie *One Nation* sogar zunächst auf Bundesebene angetreten, bevor sie auch in den einzelnen Staaten bei Wahlen antraten. Dieser *top-down*-Ansatz wird durch die Struktur der australischen Gesellschaft begünstigt, da es eine nur sehr schwach ausgeprägte soziale Diversifizierung im Land gibt (ebd.: 579). Lediglich die *Greens* haben Ansätze eines regionalen Ursprungs. 1972 entstand mit der *United Tasmanian Group* die erste grüne Bewegung in Australien und von dort aus entwickelten sich weitere grüne Gruppen in den anderen Staaten, die sich schließlich zur heutigen nationalen Partei zusammen geschlossen haben. Zwar können die *Greens* bis heute hohe Wahlergebnisse in Tasmanien erzielen und waren dort bereits einmal an einer Regierung beteiligt. Der Rückhalt bei den Wählern ist dort jedoch nicht wesentlich stärker als in anderen Staaten, sodass nicht von einer regionalen Hochburg gesprochen werden kann (Miragliotta 2010: 264; Miragliotta und Sharman 2012: 583-4). Durch den erneuten Gewinn des Mandats fürs Repräsentantenhaus im Stadtwahlkreis Melbourne durch

den grünen Adam Brandt und dem allgemeinen Erstarken der *Greens* in anderen Großstädten gibt es zunehmend Analysten, die Innenstädte als künftige grüne Hochburgen bezeichnen (Cass 2013: o.S.). Die jüngsten Kleinparteien mit Wahlerfolgen, die *Palmer United Party* sowie *Katter's Australian Party*, konnten ihre Mandate fürs Repräsentantenhaus jeweils in den Heimatwahlkreisen ihrer Parteigründer gewinnen. Dies könnte durchaus als Hinweis für regionale Hochburgen gesehen werden, zumal besonders die *Palmer United Party* von ihren Wählern als Repräsentant der regionalen Interessen von Queensland gesehen werden (Prasser 2013: o.S.). Allerdings lässt sich der Erfolg eher auf einen anderen Faktor zurückführen, auf den im anschließenden Kapitel eingegangen wird.

4.6 Personalisierung des Wahlkampfes

Eine weitere Eigenschaft, die bei Wahlen Einfluss haben kann, bezieht sich auf die personelle Besetzung von Parteien, besonders auf die Parteispitze. Marks und Bean bringen dies auf dem Punkt, indem sie feststellen: „The impact of party leaders [...] is very large“ (Marks und Bean 1992: 324). Ein positives Erscheinungsbild und Zufriedenheit der Parteianhänger mit der Parteispitze lasse demnach die Wahrscheinlichkeit stark ansteigen, dass sich der Stimmenanteil bei einer Wahl erhöhen werde. Dies wird besonders in Zeiten rückläufiger Parteiidentifikation für Parteien interessant, so wie es auch in jüngerer Zeit in Australien zu beobachten ist (Jaensch 1995: 140; Senior und van Onselen 2008: 225-6). Besonders für Kleinparteien können dabei positive, ziehende Effekte entstehen. Unter Umständen können *minor parties*, die bekannte Persönlichkeiten als Parteivorsitzende haben, aufgrund deren Seriosität und Erfahrung – soweit vorhanden – die Attraktivität und Ernsthaftigkeit ihre Partei steigern. Dies gilt auch für weitere Parteimitglieder, die in eigenen Wahlkreisen als Kandidaten antreten. Auch wenn der Bekanntheitsgrad und die Effekte durch starke Persönlichkeiten für Wahlausgänge in der Regel nicht ausschlaggebend sind, können sie dennoch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss haben. Im Durchschnitt entscheiden sich bis zu 4% der Wähler kurz vor der Wahl aufgrund des Bekanntheitsgrades für einen Kandidaten. Dies kann besonders bei den Wahlen zum Senat, für nur 14,3% der Stimmen für ein Mandat benötigt werden, entscheidende Auswirkungen haben (Marks und Bean 1992: 318; Senior und van Onselen 2008: 226). Genau diese Effekte konnten bei den Wahlen 2013 beobachtet werden, nicht nur im Senat sondern auch bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus. Zum einen hat die nationale Bekanntheit von Clive Palmer einen wichtigen Beitrag zu dessen hohem Anteil an Erstpräferenzen in seinem Wahlkreis Fairfax, Queensland geleistet. Er wurde aufgrund seiner vorherigen Tätigkeiten im Bergbau als Gegenpol zu typischen Politikern gesehen und trotz seiner direkten, teils konfrontativen Art als authentisch wahrgenommen. Als ehemaliger Unterstützer der *Coalition* war er zudem kein völliger Unbekannter im Politgeschäft und konnte so unter Umständen auch Anhänger der *Coalition* für sich abwerben. Auch die ande-

ren Kandidaten seiner Partei, die Mandate für den Senat gewinnen konnten (Dio Wang als Bergbaumanager, Glenn Lazarus als erfolgreicher Rugbyspieler), waren bereits vor ihrer politischen Karriere bekannt und konnten diese Effekte nutzen (Holmes 2014: 25; Prasser 2013: o.S.). Zum anderen konnte Bob Katter mit seiner *Katter's Australian Party* von seiner berühmten Vergangenheit profitieren, die im Gegensatz zu Clive Palmer jedoch politischen Ursprungs ist. Katter war bereits Mitglied der *National Party* und unter einer Regierung der *Coalition* Bundesminister; im Anschluss an sein Ausscheiden aus der Partei saß er zudem zehn Jahre als unabhängiger Kandidat im Repräsentantenhaus. Er konnte sich somit über viele Jahre in seinem Wahlkreis etablieren und die Wähler zu seiner neuen Partei mitnehmen. Und auch Katter hat weitere Prominenz in seiner Partei: Im Senat wird die Partei vom Countrysänger James Blundell vertreten, der in Australien einen hohen Bekanntheitsgrad hat (Prasser 2013: o.S.). Allerdings kann die Bekanntheit wichtiger Parteimitglieder auch gegenteilige Effekte haben, wenn für die Wähler nicht nachvollziehbare Entscheidungen getroffen werden. Als die damalige Parteivorsitzende der *Australian Democrats*, Cheryl Kernot, 1996 zu *Labor* wechselte, verlor die Partei ihr wichtigstes Zugpferd und verlor bei der Folgewahl einen großen Stimmenanteil (Brenton 2013: 298; Marks und Bean 1992: 318). Eine weitere Gefahr besteht darin, dass eine Partei die Effekte, die aus der Bekanntheit ihres politischen Personals resultiert, überschätzen. Durch die alleinige Fokussierung auf Persönlichkeiten können solche Parteien zu sogenannten *personality parties* verkommen, die sich nur auf ihren Parteiführer ausrichten und dabei den Aufbau einer parteiinternen Struktur und die Ausarbeitung politischer Positionen vernachlässigen (Duverger 1967: 290).

4.7 Politische Mitarbeit im Parlament

Wie eingangs dieser Arbeit bereits erwähnt, beschwerte sich der damalige Oppositionsführer und heutige Premierminister Tony Abbott vor den Wahlen im vergangenen September über das Auftreten von *minor parties* und *Independents* im Parlament. Der Vorwurf war, dass diese vergleichsweise kleinen Akteure eine effiziente Arbeit der Regierung verhindere, besonders im Senat, wo Kleinparteien häufig die *balance of power* innehaben (Sunrise – Seven Networks 2013: o.S.). In der Tat kann den Kleinparteien eine sehr einflussreiche und entscheidende Rolle zukommen. Dies vor allem dann, wenn sich die jeweilige Regierungspartei weigert, Koalitionen oder andere Bündnisse mit *minor parties* einzugehen. Und bisher sind keine Anzeichen zu erkennen, dass sich dies ändern würde (Brenton 2013: 295, 301). Die Frage ist jedoch, ob dieser Vorwurf gerecht ist und die Kleinparteien – allen voran die *Greens* und *Democrats*, da diese beiden Parteien in der Regel alleine Mehrheiten beschaffen oder verhindern konnten – im Parlament tatsächlich regelmäßig Gesetzesinitiativen blockieren? Oder wirken sie doch konstruktiv an der Gesetzgebung mit und nehmen sie ihre

Rolle verantwortungsbewusst wahr? Wie passen sich die Kleinparteien also an die parlamentarische Realität an?

4.7.1 House of Representatives

Bis zu den Wahlen 2013 waren die *Greens* die einzige *minor party*, die ein Mandat fürs Repräsentantenhaus erzielen konnte. Mittlerweile ist zu diesem einen grünen Abgeordneten jeweils einer von der *Palmer United Party* und *Katter's Australian Party* hinzugekommen. Aufgrund dieser sehr geringen Anzahl sind daher nur beschränkt Aussagen zur Arbeit von Kleinparteien in dieser Kammer des Parlaments möglich. Mit Ausnahme der Regierung von 2010 bis 2013 hatte eine der beiden großen Parteien zudem stets eine Mehrheit im Repräsentantenhaus, sodass Bündnisse mit Kleinparteien nicht notwendig waren. Während der angesprochenen Zeit zwischen 2010 und 2013 haben die *Greens* jedoch einem lockeren Bündnis mit *Labor* zugestimmt und dessen Minderheitsregierung toleriert und – zusammen mit Teilen der vier *Independents* – bei Abstimmungen für Mehrheiten gesorgt. Dies war das erste und bisher einzige Mal, dass eine autarke *minor party* wie die *Greens* eine aktive Rolle in der Politikgestaltung der Regierung einnehmen konnte. Allerdings darf dieser Einfluss nicht überbewertet werden, da das eine Mandat der *Greens* alleine noch keine Mehrheit sichern konnte; es waren stets weitere Stimmen der *Independents* oder der Opposition notwendig (Brenton 2013: 289, 293, 302). Nichtsdestotrotz ließen sich die *Greens* als Gegenleistung für ihre Zustimmung von *Labor* bestimmte politische Themen für die Legislaturperiode garantieren, hauptsächlich im Bereich der Umweltpolitik. So bestanden die *Greens* unter anderem auf Verhandlungen über die Einführung einer Steuer auf CO₂-Emissionen und konnten diese schließlich gemeinsam mit *Labor* auf den Weg bringen. Durch die gleichzeitig einflussreiche Stellung der *Greens* im Senat mit ihrer dortigen *balance of power* (wird im folgenden Unterkapitel eingehender betrachtet) konnte sich die Partei in dieser Thematik eine gute Verhandlungsbasis schaffen und den Prozess beeinflussen. Eine endgültige Zustimmung zum Gesetzesentwurf gab es bspw. erst, als *Labor* der Einrichtung eines parlamentarischen Komitees zur Einführung und Überwachung der CO₂-Steuer zustimmte, was eine zentrale Forderung der *Greens* gewesen ist. Trotz dieses politischen Erfolgs kam es jedoch zum Ende der Legislaturperiode zunehmend zu Konflikten mit *Labor*, denen die *Greens* ein zu starkes Interesse an der Bergbauindustrie vorwarfen. Dennoch standen sie bis zum Ende der Regierungszeit bei Abstimmungen treu an der Seite der Regierung (Brenton 2013: 294, 297). Es kann also festgehalten werden, dass die *Greens* ihre Zeit politischen Einflusses auf die Regierung durchaus selbstbewusst als auch verantwortungsvoll wahrgenommen haben. Zum aktuellen Verhalten der *minor parties* im Repräsentantenhaus lassen sich hingegen noch keine belastbaren Aussagen treffen, was daran liegt, dass bisher noch keine offiziellen Statistiken vom australischen Parlament veröffentlicht wurden. Interessant ist jedoch Clive

Palmers bisherige Auffassung zu den parlamentarischen Sitzungen, die er als Nebensache im parlamentarischen Geschäft bezeichnet. So hat er im Gegensatz zu den Abgeordneten anderer (Klein-)Parteien in den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit an lediglich drei von 102 Abstimmungen teilgenommen und sich wenig in parlamentarische Diskussionen eingebracht (Balogh 2014a: o.S.).

4.7.2 Senate

Im Senat haben die *minor parties* hingegen bereits häufig die Möglichkeit gehabt, entschieden in die Politik einzugreifen, da sie dort häufig die *balance of power* halten und die Regierungspartei in der Regel keine Mehrheit im Senat auf sich vereinen kann. In dieser Kammer stellt sich folglich besonders die Frage, wie die Kleinparteien diese Position und Verantwortung wahrnehmen, da von den großen Parteien ja stets der Vorwurf der blockierenden, verantwortungslosen Kleinparteien geäußert wird. Wirft man jedoch einen Blick auf das Abstimmungsverhalten seit 1991, so ist zu erkennen, dass nur ein Bruchteil der Gesetzesentwürfe abgelehnt wurden. Zwar ist ein leichter Anstieg im Laufe dieser 24 Jahre zu erkennen, der durchschnittliche Anteil abgelehnter Initiativen liegt mit unter 3% dennoch in einem sehr niedrigen Bereich (Parliament of Australia 2001, 2011 und 2013: jeweils o.S.). Lediglich im Jahr 2009 ist ein überproportionaler Anstieg zu erkennen. Die *Greens* hielten zu dieser Zeit die *balance of power* und es wurden bei 140 verabschiedeten Gesetzen 41 Entwürfe abgelehnt. Dies entspricht einer Quote von 23% und liegt somit deutlich über dem Schnitt. Die Ursache für diese hohe Quote ist darauf zurückzuführen, dass in dieser Zeit intensiv über Klimapolitik und Emissionssteuern diskutiert wurde. Da den *Greens* viele der Initiativen nicht weit genug gingen, ließen sie die Entwürfe ein ums andere Mal im Senat durchfallen, obwohl sie generell für die Einführung einer Steuer auf CO₂-Emissionen waren und sogar zwei Senatoren der *Coalition* 2009 für ein solches Projekt stimmten (Brenton 2013: 296-7; Parliament of Australia 2010: o.S.). Lässt man dieses besondere Jahr 2009 aus der obigen Rechnung über die Ablehnungsrate außen vor, liegt die durchschnittliche Quote bei nur noch 1,3%. Andersherum blockiert die Regierung hingegen sämtliche Gesetzesinitiativen, die von Nichtregierungsparteien im Senat eingebracht werden (Brown 2003: 7). Als das von den *Greens* sensibel diskutierte Thema der CO₂-Steuer 2013 erneut aktuell wurde, haben die grünen Senatoren dieses Mal für die Einführung gestimmt und so ein erneutes Scheitern verhindert. Der Grund für die Zustimmung bei diesem zweiten Versuch war die Tatsache, dass die *Greens* durch die Tolerierung der Minderheitsregierung im Repräsentantenhaus einen nicht zu unterschätzenden Einfluss bei der Ausgestaltung des Gesetzespakets hatten – auch wenn der letztlich verabschiedete Kompromiss bei einem Teil der grünen Wähler dennoch als nicht weitreichend genug bezeichnet wurde (Brenton 2013: 297-8). Allgemein wird den *Greens* für ihre bisherige Zeit im Senat ein pflichtbewusstes und verantwortungsvol-

les Agieren bescheinigt; auch von Gruppierungen wie der Pharmaindustrie, die nicht unbedingt als Verfechter grüner Ideologie gelten (Thornton 2011: 537).

Bei den Vorgängern der *Greens*, den *Australian Democrats*, fällt das Urteil ähnlich positiv aus. Zu ihren aktiven Zeiten hielten sie häufig die *balance of power* und haben sich selbst auferlegt, mit dem potentiellen politischen Einfluss verantwortungsbewusst umzugehen. Unter anderem hatten sie ein interne Vereinbarung, grundsätzlich keine Haushaltspläne zu blockieren, um einen Stillstand des australischen Staates zu verhindern. Auch wenn sie dadurch einen wichtigen Verhandlungsposten aufgegeben hatten, konnten sie dennoch häufig Änderungsvorschläge in Gesetzesentwürfe einfließen lassen. Da sie sich dabei weder nur zu *Labor* oder der *Coalition* tendierten, konnte dieser Einfluss unter nahezu jeder Regierung wahrgenommen werden (Bartlett 2004: 106-7; Brenton 2013: 291-3). Die mächtigste Rolle hatten die *Democrats* bei der Diskussion um die Einführung einer allgemeinen Mehrwertsteuer in Höhe von zehn Prozentpunkten im Jahr 1998. Bei der Abstimmung war die *Coalition*-Regierung unter John Howard im Senat unbedingt auf die Stimmen der *minor parties* angewiesen, da die Opposition geschlossen dagegen stimmen wollte. Fünf der sieben *Democrats*-Senatoren sorgten für die Mehrheit zur Einführung der Steuer, nachdem sie aushandeln konnten, dass Grundnahrungsmittel sowie Bücher von der Steuer unberührt bleiben. Weitere Gesetze zu steuerlichen Mehrbelastungen wurden von den *Democrats* jedoch konsequent abgelehnt. So verhinderten sie bspw. alleine in der letzten Sitzungswoche 2013 drei Entwürfe, die Steuererhöhungen vorsahen. Nichtsdestotrotz wirkte sich die eine Zustimmung der *Democrats* zur Einführung der Mehrwertsteuer bei den folgenden Wahlen negativ auf die Partei aus und sie wurden von den Wählern hart abgestraft, was als Anfang des Endes der Partei gesehen wird. Die *Coalition* konnte hingegen trotz der Einführung der Steuer bei den Folgewahlen Gewinne einfahren, wodurch sie zur ersten Regierung westlicher Demokratien wurde, die nach Einführung einer flächendeckenden Verbrauchsteuer Folgewahlen gewinnen konnte (Bartlett 2004: 108; Brenton 2013: 293, 296, 298). Unabhängig von diesen Wahlfolgen wird über die Zeit der *Democrats* im Senat positiv geurteilt (Warhurst 2010: 47).

Von diesen zwei großen politischen Entscheidungen abgesehen haben es die *major parties* bisher zu vermeiden versucht, inhaltliche Zugeständnisse als Gegenleistung für Zustimmungen zu Gesetzesinitiativen zu machen. Im Zweifel wird ein Thema lieber zurückgezogen als sich auf Deals mit den *minor parties* einzulassen (Brenton 2013: 302). Ob sich dies in der laufenden Legislaturperiode jedoch so weiter praktizieren lässt, ist anzuzweifeln, denn aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Senat benötigt die *Coalition* seit dem 1. Juli dieses Jahres, als sich der aus den Wahlen 2013 hervorgehende Senat konstituiert hat, mindestens sechs weitere Stimmen, um Gesetze beschließen zu können. Da zwar abgesehen von den

Greens alle anderen Kleinparteien und *Independents* aus dem politischen Mitte-rechts-Spektrum stammen, sollte es möglich sein, Mehrheiten zu formen. Allerdings kann dies mitunter vielfältige Zugeständnisse erfordern, da sich diese *balance of power* auch ohne die *Greens* auf sechs Parteien/*Independents* aufteilt. Es wird somit spannend, die weiteren Entwicklungen von Kleinparteien im Senat zu beobachten, die bisher als weniger blockierend zu bewerten sind als vielfach von Vertretern der *major parties* hervorgebracht (McDougall 2014: 294, 297).

4.8 Initiativen zu Wahlsystemreformen

Im Zusammenhang mit der Anpassung von Kleinparteien an das australische Wahlsystem sollte in dieser Arbeit zudem ein kurzer Blick auf aktuell diskutierte Reformansätze zum Wahlsystem gerichtet werden. Die häufig geäußerten Beschwerden, Kleinparteien würden die Arbeit des Parlaments blockieren, sind dabei keine Neuheit, sondern bestehen bereits seit mehreren Jahren. So kritisierte bspw. im Jahr 1999 die *Liberals*-Senatoren Helen Coonan, „minor parties prepared to exploit the balance of power“ und seien eine „Handbrake on Democracy“, sodass eine Wahlsystemreform unerlässlich sei (Coonan 1999: 1, 14). Derartige Forderungen kommen in der Regel von der jeweils regierenden Partei, in der Opposition wird sich hingegen meist der *balance of power* der *minor parties* angeschlossen, um Gesetze zu verhindern (Summers 2010: 92). Als größte Bedrohung sehen die *major parties* dabei vor allem die *preference deals*, wodurch ein undemokratischer Senat entstehe, der Entscheidungen trotz eines geringen Anteils an Erstpräferenzen blockieren könne (Coonan 1999: 19; Jacques 2014: o.S.). Nachdem in vergangenen Jahren Reformvorschläge immer wieder gescheitert sind, unterstützen aktuell die *major parties* sowie einige kleinere Parteien wie die *Greens* eine neue Initiative zur Reform des Wahlsystems des Senats, die von einem parlamentarischen Komitee ausgearbeitet wird (Matthewson 2014: o.S.). In einem vorläufigen Bericht wird dabei vorgeschlagen, die *group voting tickets* abzuschaffen und *optional preferential voting* einzuführen. Für das Wählen *above the line* müssten Wähler dann zukünftig alle Parteilisten in eine Rangfolge bringen – ähnlich wie bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus – und es könnte sich nicht mehr den Präferenzvorschlägen einer Partei angeschlossen werden. Beim Wählen *below the line* müssten die Wähler mindestens so viele Präferenzen vergeben, wie Mandate zur Wahl stehen, sodass die Vergabe von bis zu 100 Präferenzen nicht länger nötig wäre. Durch diese Maßnahme soll der Handel von Präferenzen ausgeschlossen werden. Des Weiteren wird empfohlen, die Mindestanzahl benötigter Parteimitglieder auf 1.500 festzulegen, um kleine Splitterparteien zu vermeiden, sowie das Verabschieden einer Parteienverfassung zu verlangen (Parliament of Australia 2014a: xvii-xviii). Ob diese Vorschläge umgesetzt werden, ist jedoch noch nicht abzusehen. Weitere Vorschläge von außerhalb dieses Komitees sind die Einführung einer Prozenzhürde (zw. 1,4

und 4%), wonach eine Partei erst ab einem Minimum an Erstpräferenzen an der Mandatsvergabe beteiligt wird (Holmes 2014: 23; Shanahan 2014: o.S.), die komplette Abschaffung vom Wählen *above the line* (Holmes 2014: 23), die Übertragung des Mehrheitswahlsystem des Repräsentantenhauses auf den Senat (Costar 2010: 204) oder auch strengere Vergaberegeln staatlicher Parteienfinanzierung (Matthewson 2014: o.S.). Eine in diese Richtung gehende Reform wird sowohl von *Labor* und der *Coalition* als auch den *Greens* unterstützt, da letztere durch ihren etablierten Parteistatus keine Benachteiligungen durch die erwähnten Maßnahmen zu fürchten hätten (Parliament of Australia 2014a: 44-5). Ergänzend fordern die *Greens* allerdings auch eine Reform des Wahlrechts des Repräsentantenhauses. Während der Zugang zum Senat verschärft werden soll, müsse im Repräsentantenhaus mit der Einführung der Verhältniswahl ein umgekehrter Weg eingeschlagen werden. Denn nur so ließe sich ein Parlament nach vollständig demokratischem Ideal bilden, welches auch tatsächlich dem Wählerwillen entspreche (Brown 2003: 1-2). Die *minor parties*, die von Änderungen im Wahlrecht des Senats hauptsächlich betroffen sind, sehen diese selbstverständlich kritisch und fürchten um den Verlust ihrer Chancen, weiterhin ins Parlament einziehen zu können (Balogh 2014b: o.S.). Sie erfahren dabei in der öffentlichen Diskussion Unterstützung aus Wissenschaft und Medien, die in der vorgeschlagenen Reform die Gefahr sehen, dass 95% der bestehenden Kleinparteien vernichtet würden, und die immer wieder die Bedeutung dieser Parteien hervorheben, vor allem da sie den Senat in seiner Bedeutung als *balance of power* wiederbelebt hätten (Miragliotta 2010: 257; Swan 2013: o.S.). Die Diskussion um eine Wahlsystemreform wird vermutlich noch weiter anhalten und es wird sich vermutlich keine Lösung finden, die alle Parteien unterstützen würden. Dies ist auch verständlich, da *major* und *minor parties* zum Teil sehr gegensätzliche Interessen verfolgen (Holmes 2014: 23).

5. Bewertung und Ausblick

Im Rahmen dieser Arbeit wurde sich mit der Frage beschäftigt, wie sich australische Kleinparteien in ihrer Organisation an das dortige Wahlsystem auf nationaler Ebene anpassen. Die Besonderheiten des *preferential voting* mit den unterschiedlichen Stimmenverrechnungsverfahren in Senat und Repräsentantenhaus bilden dabei ein einmaliges System, welches nicht mit anderen politischen Systemen demokratischer Staaten vergleichbar ist. Wie in dem Analyseteil dieser Arbeit zu erkennen ist, ergeben sich für die Kleinparteien unterschiedliche Möglichkeiten, sich an diese Gegebenheiten anzupassen. Während die *Nationals* bereits seit langer Zeit auf ein festes Parteienbündnisse mit den *Liberals* setzen und dadurch ein garantierte Beteiligung an *Coalition*-Regierungen haben, fokussierten sich die besonders kleinen Parteien auf strategische Wahlbündnisse. Speziell das gegenseitige Zuteilen von Präferenzen bei den Senatswahlen hat sich dabei als wirkungsvolle Maßnahme erwiesen,

um – teils überraschend – Mandate zu gewinnen und die dortigen Mehrheitsverhältnisse zu beeinflussen. Das Beispiel von Ricky Muir von der *Australian Motoring Enthusiast Party* hat dabei eindrucksvoll gezeigt, wie sich diese Deals auf die Wahlergebnisse auswirken können. Mit nur 0,51% der Erstpräferenzen konnte er durch *preferential deals* letztlich die geforderten 14,3% holen und ein Mandat gewinnen. Auch wenn diese Taktik gegen keinerlei Regularien verstößt, sind Zweifel und Kritiken an der Undurchsichtigkeit dieses Wahlsystems verständlich. Und es ist fraglich, ob die Anwendung solcher Deals bei der Einführung des Wahlsystems im Sinne der Verfasser gewesen ist. Mindestens ebenso wichtig kann die Fokussierung von Kleinparteien auf bestimmte Themenfelder sein, wie es am Beispiel der *Greens* zu sehen ist. Sie profitieren besonders von ihrem ursprünglichen Fokus auf Umweltthemen und Menschenrechte. Dies ist auch einer der Gründe für ihr erneut positives Abschneiden bei den Wahlen 2013, bei denen die Themen Klimaschutz und Flüchtlingspolitik zentral waren. In beiden Bereichen wurden den *Greens* besondere Kompetenzen zugesprochen. Als weiterer Einflussfaktor auf den Erfolg von *minor parties* stellt sich der Bekanntheitsgrad des politischen Spitzenpersonals dar. Besonders Clive Palmer und Bob Katter konnten hierdurch Wähler von den anderen Parteien für sich abwerben. Demgegenüber scheinen regionale Parteienhochburgen in Australien für Kleinparteien keine hervorgehobene Rolle zu spielen. Dies liegt vor allem daran, dass sich die meisten *minor parties* als *top-down*-Partei zunächst auf der Bundesebene zeigten und erst danach in den einzelnen Staaten bei Wahlen antraten. Sie können sich somit in der Regel nicht auf den Rückhalt einer bestimmten Region verlassen.

Auf diesen Erkenntnissen basierend können die australischen Kleinparteien in zwei Gruppen eingeteilt werden. Auf der einen Seite stehen dabei die größeren, etablierten Parteien, zu denen die *Nationals* und *Greens* sowie die ehemaligen *Democrats* zu zählen sind. Sie haben sich entweder durch Parteienbündnisse oder den Fokus auf bestimmte Themen etabliert und können wiederholte Wahlerfolge vorweisen. Vor allem aber hat sich gezeigt, dass der Vorwurf von Vertretern großer Parteien, dass die *minor parties* die Arbeit des Parlaments verhindern würden, nicht gerechtfertigt ist. Wie sich herausstellte, gehen die hier erwähnten Kleinparteien im Senat sehr verantwortungsvoll mit ihrer *balance of power* um und nur ein Bruchteil aller Gesetzesinitiativen wurde ablehnt. Lediglich bei wenigen Themen, die den entsprechenden Parteien besonders am Herzen lagen, haben sie durch Kompromisse auf Änderungen in der Gesetzgebung eingewirkt. Als Fazit können diese Parteien folglich als positive und konstruktive Akteure bezeichnet werden. Auf der anderen Seite stehen die kleineren, größtenteils noch jungen Kleinparteien. Viele dieser Parteien haben es bisher nicht geschafft, ein Mandat zu gewinnen, und über die anderen Parteien mit Mandat kann bisher wenig über deren aktive parlamentarische Arbeit geurteilt werden. Festzustellen ist jedoch,

dass diese Parteien besonders durch taktische Finessen beim Wählen und persönlichen Bekanntheitsgrad Erfolge erzielen konnte. Es ist daher fraglich, ob diese Parteien langfristig eine Wähler- und Themenbasis aufbauen können und darauf aufbauend konstruktiv am Parlamentsbetrieb mitwirken werden. Diese *minor parties* haben sich somit organisatorisch zwar – teils sehr geschickt – an das System angepasst. Bezüglich Langlebigkeit, Mitarbeit und Inhalte ist jedoch eine gewisse Skepsis berechtigt. Diese Thematik kann dabei interessanten Stoff für weitere Untersuchungen in der Zukunft bieten; vor allem die Frage, wie sich die Vielzahl an kleineren Akteuren im 2013 neu gewählten Senat ihrer dortigen Verantwortung stellen. Ebenso interessant bleibt die Diskussion über eine mögliche Reform des australischen Wahlsystems. Besonders mit Blick auf die aktuell geführte Debatte mit unterschiedlichen Änderungsvorschlägen bieten sich spannende Aspekte für weitere wissenschaftliche Forschungen auf diesem Gebiet. Die parlamentarischen Debatten werden hierbei vermutlich noch eine Zeit lang am Leben bleiben und nach dem Vorliegen des Abschlussberichts des parlamentarischen Komitees zu diesem Thema in eine entscheidende Phase gehen. Sollte es unter den *major parties* dann zu der Übereinstimmung kommen, dass etwas geändert werden soll, wird dies höchstwahrscheinlich auch realisiert. Denn als große Koalition hätten sie bei der Abstimmung dieses Themas in beiden Kammern des Parlaments eine deutliche Mehrheit. Allerdings empfiehlt es sich, zunächst die Arbeit des am 1. Juli neu konstituierten Senats abzuwarten und genauer zu analysieren. Erst im Anschluss daran sollte eine Entscheidung getroffen werden. Denn es ist durchaus möglich, dass sich die dort vertretenden Kleinparteien ihrer Aufgabe verantwortungsbewusst stellen und nicht für eine generelle Blockade der parlamentarischen Arbeit sorgen. Und wenn es dann aber doch zu einer Reform kommen sollte, wären leichte Veränderungen wie die Einführung von *optional preferential votings* im Senat eine wohl sinnvolle Variante, um zumindest das Spielen mit Präferenzen einzudämmen. Von Prozenzhürden ist hingegen abzuraten, da hierdurch eine Vielzahl kleiner Parteien bereits im Vorwege ausgeschlossen würde. Und prinzipiell sollte die Möglichkeit bestehen bleiben, dass Minderheiten eine realistische Möglichkeit der Repräsentation bleibt.

Anhang

Auszug eines Stimmzettels bei Senatswahlen mit beispielhafter Präferenzvergabe

Group Voting Ticket – Election of six (6) Senators
Group A – LIBERAL DEMOCRATS – Ticket 1 of 1
 By placing the single figure 1 in the square next to the name of this group, you adopt the ticket as marked below.

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W
<input checked="" type="checkbox"/> 1 LIBERAL DEMOCRATS	<input type="checkbox"/> 33 NO CARBON TAX/CLIMATE SCEPTICS	<input type="checkbox"/> 29 DEMOCRATIC LABOUR PARTY (DLP)	<input type="checkbox"/> 64 PROBATION (REMP) PARTY	<input type="checkbox"/> 27 VOLUNTARY ETHIOPIANS PARTY	<input type="checkbox"/> 43 HELP FOR MAGNUMA PROHIBITION PARTY	<input type="checkbox"/> 67 HELP FOR MAGNUMA PROHIBITION PARTY	<input type="checkbox"/> 47 CAREERS ALLIANCE	<input type="checkbox"/> 15 THE UNCLEANS PARTY	<input type="checkbox"/> 62 RISE UP AUSTRALIA PARTY	<input type="checkbox"/> 49 FUTURE PARTY	<input type="checkbox"/> 86 CHRISTIAN DEMOCRATIC PARTY (FRED NILE GROUP)	<input type="checkbox"/> 91 LABOUR	<input type="checkbox"/> 23 MATTERS AUSTRALIAN PARTY	<input type="checkbox"/> 51 AUSTRALIAN VOICE	<input type="checkbox"/> 13 SEX PARTY	<input type="checkbox"/> 75 AUSTRALIAN FISHING AND LIFESTYLE PARTY	<input type="checkbox"/> 97 THE GREENS	<input type="checkbox"/> 25 PALMER UNITED PARTY	<input type="checkbox"/> 39 BUILDING AUSTRALIA PARTY	<input type="checkbox"/> 54 UNITING AUSTRALIA PARTY	<input type="checkbox"/> 3 STOP THE GREENS	<input type="checkbox"/> 5 SMOKERS RIGHTS
<input type="checkbox"/> 2 LIBERAL DEMOCRATS	<input type="checkbox"/> 34 NO CARBON TAX/CLIMATE SCEPTICS	<input type="checkbox"/> 30 DEMOCRATIC LABOUR PARTY (DLP)	<input type="checkbox"/> 65 PROBATION (REMP) PARTY	<input type="checkbox"/> 28 VOLUNTARY ETHIOPIANS PARTY	<input type="checkbox"/> 44 HELP FOR MAGNUMA PROHIBITION PARTY	<input type="checkbox"/> 68 HELP FOR MAGNUMA PROHIBITION PARTY	<input type="checkbox"/> 48 CAREERS ALLIANCE	<input type="checkbox"/> 16 THE UNCLEANS PARTY	<input type="checkbox"/> 63 RISE UP AUSTRALIA PARTY	<input type="checkbox"/> 50 FUTURE PARTY	<input type="checkbox"/> 87 CHRISTIAN DEMOCRATIC PARTY (FRED NILE GROUP)	<input type="checkbox"/> 92 LABOUR	<input type="checkbox"/> 24 MATTERS AUSTRALIAN PARTY	<input type="checkbox"/> 52 AUSTRALIAN VOICE	<input type="checkbox"/> 14 SEX PARTY	<input type="checkbox"/> 76 AUSTRALIAN FISHING AND LIFESTYLE PARTY	<input type="checkbox"/> 98 THE GREENS	<input type="checkbox"/> 26 PALMER UNITED PARTY	<input type="checkbox"/> 40 BUILDING AUSTRALIA PARTY	<input type="checkbox"/> 55 UNITING AUSTRALIA PARTY	<input type="checkbox"/> 4 STOP THE GREENS	<input type="checkbox"/> 6 SMOKERS RIGHTS

Literaturverzeichnis

- AEC (2004): Seats Decided On First Preferences. <http://results.aec.gov.au/12246/results/HouseSeatsDecidedOnFirstPrefs-12246-NAT.htm> (Zugriff am 05.06.2014).
- AEC (2007): Seats Decided On First Preferences. <http://results.aec.gov.au/13745/website/HouseSeatsDecidedOnFirstPrefs-13745-NAT.htm> (Zugriff am 05.06.2014).
- AEC (2010a): Party Representation. <http://results.aec.gov.au/15508/Website/HousePartyRepresentation-15508.htm> (Zugriff am 15.05.2014).
- AEC (2010b): Seats Decided On First Preferences. <http://results.aec.gov.au/15508/Website/HouseSeatsDecidedOnFirstPrefs-15508-NAT.htm> (Zugriff am 05.06.2014).
- AEC (2013a): First Preferences By Candidate – VIC. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/SenateStateFirstPrefs-17496-VIC.htm> (Zugriff am 28.05.2014).
- AEC (2013b): Party Representation. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/SenatePartyRepresentation-17496.htm> (Zugriff am 28.05.2014).
- AEC (2013c): Party Representation – Seats Won. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/HousePartyRepresentationLeading-17496.htm> (Zugriff am 28.05.2014).
- AEC (2013d): QLD Division – Fairfax. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/HouseDivisionFirstPrefs-17496-160.htm> (Zugriff am 07.06.2014).
- AEC (2013e): QLD Division – Kennedy. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/HouseDivisionFirstPrefs-17496-167.htm> (Zugriff am 07.06.2014).
- AEC (2013f): Seats Decided On First Preferences. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/HouseSeatsDecidedOnFirstPrefs-17496-NAT.htm> (Zugriff am 05.06.2014).
- AEC (2013g): Seats Which Changed Hands. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/HouseSeatsWhichChangedHands-17496-NAT.htm> (Zugriff am 04.06.2014).
- AEC (2013h): Senate Results. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/SenateResultsMenu-17496.htm> (Zugriff am 07.06.2014).
- AEC (2013i): VIC – Division Melbourne. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/HouseDivisionFirstPrefs-17496-228.htm> (Zugriff am 07.06.2014).
- AEC (2013j): Victoria - Result of the Transfer and Distribution of Preferences. <http://results.aec.gov.au/17496/Website/External/SenateStateDop-17496-VIC.pdf> (Zugriff am 07.06.2014).
- AES (2013a): Bildungsstand Wähler Greens. http://nesstar.ada.edu.au/webview/index.jsp?object=http://nesstar.ada.edu.au:80/obj/fStudy/au.edu.anu.ada.ddi.01259&cms_url=/ada/01260 (Zugriff am 24.05.2014).

- AES (2013b): Party identification. http://nesstar.ada.edu.au/webview/index.jsp?object=http://nesstar.ada.edu.au:80/obj/fStudy/au.edu.anu.ada.ddi.01259&cms_url=/ada/01260 (Zugriff am 02.06.2014).
- AES (2013c): When decided which way to vote. http://nesstar.ada.edu.au/webview/index.jsp?object=http://nesstar.ada.edu.au:80/obj/fStudy/au.edu.anu.ada.ddi.01259&cms_url=/ada/01260 (Zugriff am 02.06.2014).
- Alemann, U. von (2010): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. 4. überarb. und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Aston, H. (2014): Clive Palmer's preference deals open door to political fringe. <http://www.smh.com.au/federal-politics/political-news/clive-palmers-preference-deals-open-door-to-political-fringe-20140407-zrug.html> (Zugriff am 22.05.2014).
- Balogh, S. (2014a): Optional voting for part-time Clive Palmer. <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/optional-voting-for-parttime-clive-palmer/story-fn59niix-1226877289991#> (Zugriff am 11.06.2014).
- Balogh, S. (2014b): Senate voting reform to 'finish' minor parties. <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/senate-voting-reform-to-finish-minor-parties/story-fn59niix-1226912357031#> (Zugriff am 21.06.2014).
- Beyme, K. von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München u.a.: Piper.
- Beyme, K. von (2000): Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bibby, J. F. und L. S. Maisel (1998): Two parties – or more? Boulder: Westview Press.
- Bartlett, A. (2004): The Democrats, Public Policy and the Senate, in: *The Sydney Papers* (16:1), 102-110.
- Brenton, S. (2013): Policy traps for third parties in two-party systems: the Australian case, in: *Commonwealth & Comparative Politics* (51:3), 283-305.
- Brown, B. (2003): Greater Democracy for the House of Representatives. Canberra.
- Campbell, A. (2013): Election 2013 Issues: Looking after Australia. <https://theconversation.com/election-2013-issues-looking-after-australia-16621> (Zugriff am 21.06.2014).
- Cass, D. (2013): The new heartland of the Greens. <http://www.abc.net.au/news/2013-09-09/cass-the-new-heartland-of-the-greens/4946062> (Zugriff am 04.06.2014)
- Cole, M. und H. Deighan (2012): Political parties in Britain. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Commonwealth of Australia (2012): The Constitution. Printed on 1 January 2012. Canberra: Commonwealth of Australia.

- Cook, I., M. Walsh und J. Harwood (2009): *Government and democracy in Australia*. 2. Auflage. South Melbourne: Oxford University Press.
- Coonan, H. (1999): *The Senate. Safeguard or Handbrake on Democracy?* Canberra.
- Costar, B. (2010): *The Electoral System*, in: Rolfe, M. (Hrsg.): *Introduction to Australian Politics*. 2. Auflage. Sydney: Peason Australia. 195-209.
- Costar, B. (2011): *Australia's curious coalition*, in: *Political Science* (63:1), 29-44.
- Cox, G. W. (1997): *Making votes count. Strategic coordination in the world's electoral systems*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Denholm, M. (2014): *Tasmanian Labor quits alliance, keeps Greens options*. <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/state-politics/tasmanian-labor-quits-alliance-keeps-greens-options/story-e6frgczx-1226803667681> (Zugriff am 22.06.2014).
- Donovan, T. (2000): *Mobilization and Support of Minor Parties: Australian Senate Elections*, in: *Party Politics* (6:4), 473-486.
- Duverger, M. (1959): *Die Politischen Parteien*. 3. Auflage. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Duverger, M. (1967): *Political Parties. Their organization and activity in modern state*. 3. Auflage. London: Methuen.
- Economou, N. (2010): *The Labor Party*, in: Rolfe, M. (Hrsg.): *Introduction to Australian Politics*. 2. Auflage. Sydney: Peason Australia. 210-227.
- Falter, J. W. und H. Schoen (2005): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ghazarin, Z. (2012): *The Changing Type of Minor Party Elected to Parliament: The Case of the Australian Senate from 1949 to 2010*, in: *Australian Journal of Political Science* (47:3), 441-454.
- Green, A. (2013): *Record Vote for Minor Parties at 2013 Federal Election*. <http://blogs.abc.net.au/antonygreen/2013/11/record-vote-for-minor-parties-at-2013-federal-election.html> (Zugriff am 12.05.2014).
- Gruenbaum, O. (2013): *Commonwealth Update*, in: *The Round Table: The Commonwealth Journal of International Affairs* (102:5), 409-415.
- Harmel, R. und K. Janda (1982): *Parties and their Environment*. New York/London: Longman.
- Hirano, S. und J. M. Snyder (2007): *The Decline of Third-Party Voting in the United Staes*, in: *The Journal of Politics* (69:1), 1-16.
- Holmes, B. (2014): *Federal Election 2013: issues, dynamics, outcomes*. Canberra: Parliament of Australia.

- Jackson, R. J. und D. Jackson (2009): *Politics in Canada. Culture, institutions, behaviour and public policy*. Toronto: Pearson.
- Jacques, O. (2014): 'Preference whisperer' faces people's house committee. <http://www.dailymercury.com.au/news/owen-jacques-apn-newsdeskhe-is-the-best-there-is-a/2246170/> (Zugriff am 21.06.2014).
- Jaensch, D. (1995): *Election: How and Why Australia Votes*. Sydney: Allen & Unwin.
- Kempf, U. (2007): *Das politische System Frankreichs*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lachat, R. (2007): *A heterogeneous electorate. Political sophistication, predisposition strength, and the voting decision process*. Baden-Baden: Nomos.
- Lijphart, A. (1994): *Electoral systems and party systems. A study of twenty-seven democracies; 1945-1990*. Oxford u.a.: Oxford University Press.
- Marks, G. N. und C. S. Bean (1992): Sources of Electoral Support for Minor Parties: The Case of the Australian Democrats, in: *Electoral Studies* (11:4), 311-333.
- Manning, H. (2010): Voters and Voting, in: Rolfe, M. (Hrsg.): *Introduction to Australian Politics*. 2. Auflage. Sydney: Peason Australia. 276-299.
- Matthewson, P. (2014): Lock up the war chest for fairer elections. <http://www.abc.net.au/news/2014-05-05/matthewson-lock-up-the-war-chest-for-fairer-elections/5429734> (Zugriff am 21.06.2014).
- McDougall, D. (2014): The Australian Federal Election of 7 September 2013: A Watershed?, in: *The Round Table: The Commonwealth Journal of International Affairs* (103:3), 289-299.
- Miragliotta, N. (2010): Minor Parties and Independents, in: Rolfe, M. (Hrsg.): *Introduction to Australian Politics*. 2. Auflage. Sydney: Peason Australia. 257-272.
- Miragliotta, N. und C. Sharman (2012): Federalism and New Party Insurgency in Australia, in: *Regional & Federal Studies* (22:5), 577-594.
- Nationals (2014): Our Achievements. <http://www.nationals.org.au/AboutTheNationals/OurAchievements.aspx> (Zugriff am 14.06.2014).
- Nohlen, D. (1978): *Wahlsysteme der Welt. Daten und Analysen*. München/Zürich: R. Piper & Co. Verlag.
- Nohlen, D. (2007): *Wahlrecht und Parteiensysteme. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme*. Opladen u.a.: Budrich.
- Pappi, F. U. und S. Shikeno (2007): *Wahl- und Wählerforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Parkin, A. und J. Summers (2010): The Constitutional Framework, in: Rolfe, M. (Hrsg.): *Introduction to Australian Politics*. 2. Auflage. Sydney: Peason Australia. 51-72.

- Parliament of Australia (2001): Legislation—general 1991 – 2000. http://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Statistics/Senate_StatsNet/Consolidations/~~/link.aspx?_id=F8103DD7838C43C6BD661661EF2CCBFB&_z=z (Zugriff am 15.06.2014).
- Parliament of Australia (2010): Bills negated or discharged from the Notice Paper 2009. http://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Statistics/Senate_StatsNet/legislation/negated/2009 (Zugriff am 15.06.2014).
- Parliament of Australia (2011): Legislation—general 2001 – 2010. http://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Statistics/Senate_StatsNet/Consolidations/~~/link.aspx?_id=56EA7A6DB7874A39B7DCDA7BE2DDB451&_z=z (Zugriff am 15.06.2014).
- Parliament of Australia (2013): Legislation—general 2011 – 2020. http://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Statistics/Senate_StatsNet/Consolidations/~~/link.aspx?_id=2E54679D3B12418E9321D9BAA2191B83&_z=z (Zugriff am 15.06.2014).
- Parliament of Australia (2014a): Interim report on the inquiry into the conduct of the 2013 Federal Election. Canberra: Commonwealth of Australia.
- Parliament of Australia (2014b): Current Ministry List. http://www.aph.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/Parliamentary_Handbook/Current_Ministry_List (Zugriff am 02.07.2014)
- Prasser, S. (2013): How the Palmer United Party came out barking. <http://theconversation.com/how-the-palmer-united-party-came-out-barking-17979> (Zugriff am 14.06.2014).
- Pütz, C. (2014): Parteienwandel in Frankreich. Präsidentschaftswahlen und Parteien zwischen Tradition und Anpassung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- PUP (2013): Katter And Palmer Parties Reach Preference Deal. <http://palmerunited.com/2013/08/katter-and-palmer-parties-reach-preference-deal/> (Zugriff am 17.06.2014).
- Rae, D. W. (1967): The political consequences of electoral laws. New Haven: Yale University Press.
- Rope, S. (2013): Glenn Druery – the ‘preference whisperer’. <http://blogs.abc.net.au/queensland/2013/08/glen-druery-the-preference-whisperer.html> (Zugriff am 21.06.2014).
- Roy Morgan Research (2014): Primary Voting Intention (%) (2013-2016). House of Representatives. http://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Statistics/Senate_StatsNet/Consolidations/~~/link.aspx?_id=2E54679D3B12418E9321D9BAA2191B83&_z=z (Zugriff am 02.05.2014).

- Sales, L. (2013): Christine Milne says Greens preferencing Clive Palmer is justified. <http://www.abc.net.au/7.30/content/2013/s3840417.htm> (Zugriff am 12.06.2014).
- Sartori, G. (2005): Parties and party systems. A framework for analysis. Colchester: ECPR Press.
- Senior, P. und P. van Onselen (2008): Re-examining Leader Effects: Have Leader Effects Grown in Australian Federal Elections 1990-2004?, in: *Australian Journal of Political Science* (43:2), 225-242.
- Shanahan, D. (2014): Major parties combine for electoral reform to stop micro parties. <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/major-parties-combine-for-electoral-reform-to-stop-micro-gamers/story-fn59niix-1226897751911#> (Zugriff am 21.06.2014).
- Sharman, C., A. M. Sayens und N. Miragliotta (2002): Trading party preferences: the Australian experience of preferential voting, in: *Electoral Studies* (21:1), 543-560.
- Simoleit, J. (2009): Was sind "Kleinparteien"? <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42190/was-sind-kleinparteien> (Zugriff am 22.05.2014).
- Smith, R. (2001): Australian political culture. Frenchs Forest: Longman.
- Sorauf, F. J. und P. A. Beck (1988): Party politics in America. Glenview: Scott, Foresman.
- Summers, J. (2010): Parliament and Responsible Government, in: Rolfe, M. (Hrsg.): Introduction to Australian Politics. 2. Auflage. Sydney: Peason Australia. 73-96.
- Sunrise – Seven Networks (2013): Abbott's final pitch to Australia. <https://au.tv.yahoo.com/sunrise/video/watch/18804574/abbotts-final-pitch-to-australia/> (Zugriff am 12.05.2014)
- Swan, R. (2013): The Greens Vs The Micro Party Alliance. <https://newmatilda.com/2013/10/17/greens-vs-micro-party-alliance> (Zugriff am 06.06.2014).
- Tomazin, F. (2013): Adam Bandt claims victory for Greens in seat of Melbourne. <http://www.smh.com.au/federal-politics/federal-election-2013/adam-bandt-claims-victory-for-greens-in-seat-of-melbourne-20130907-2tcmr.html> (Zugriff am 16.06.2014).
- Thornton, M. (2011): A Green balance, in: *Australian Pharmacist* (30:7), 537.
- Warhurst, J. (2010): The perils of holding the balance of power, in: *Eureka Street* (20:17), 46-47.
- Weeks, L. (2010a): Minor Parties in Irish Political Life: An Introduction, in: *Irish Political Studies* (25:4), 473-479.
- Weeks, L. (2010b): Minor Parties: A Schema for Analysis, in: *Irish Political Studies* (25:4), 481-501.

Wiesendahl, E. (1998): Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien. Opladen u.a.: Westdeutscher Verlag.

Woodward, D. (2010a): Political Parties and the Party System, in: Rolfe, M. (Hrsg.): Introduction to Australian Politics. 2. Auflage. Sydney: Pearson Australia. 188-194.

Woodward, D. (2010b): The Nationals, in: Rolfe, M. (Hrsg.): Introduction to Australian Politics. 2. Auflage. Sydney: Pearson Australia. 249-256.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorgelegte Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Diese Bachelorarbeit ist in dieser oder anderer Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

Ort, Datum

Unterschrift